Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 zł, monatl. 4,80 zł. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 zł. Bei Postbezug vierteljährl. 16,16 zł, monatl. 5,39 zł. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zł, Danzig 3 G., Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Dienstags- und Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr, die einspaltige Reklamezeile 125 gr, Danzig 10 bzw. 80 Dz. Pf., Deutschland 10 bzw. 70 Goldpfennig, übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Postscheckkonten: Posen 202 157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 198. Bromberg, Mittwoch den 31. August 1932. 56. Jahrg.

Die Gdingenfrage in Genf.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Danzig, 29. August 1932.

Bekanntlich arbeitete das Sachverständigen-Komitee des Völkerbundes vom 13.—24. Juli in Danzig, um sich an Ort und Stelle über die Danzig-Gdingenfrage zu unterrichten, die beiden Häfen zu besichtigen und alle Fragen, die mit dem Problem der „vollen Ausnutzung des Danziger Hafens durch Polen" zusammenhängen, zu prüfen. **Heute nahmen die Verhandlungen ihren Fortgang in Genf.** Auf Wunsch des Sachverständigen-Komitees, das unter der Leitung des Belgiers Hostin steht, werden bei der Fortsetzung der Verhandlungen auch beide Parteien in Genf durch ihre Sachberater vertreten sein, damit es dem Komitee möglich ist, Dinge, die in Danzig noch nicht abschließend geprüft werden konnten, weiter zu behandeln. Infolgedessen ist auch von Danziger Seite eine größere Delegation zusammengestellt worden, die am Freitag nach Genf abgereist ist. Nach dem Ausscheiden des Senators Dr. Evert, der bei Anhängigmachung der Gdingenfrage bei den Völkerbund-Instanzen federführend war, ist von der Danziger Regierung Staatsrat Dr. Böttner mit der weiteren Bearbeitung des für den Danziger Hafen lebenswichtigen Problems beauftragt worden. Er ist auch der Führer der Danziger Delegation in Genf, der weiter angehören: Oberregierungsrat Dr. Ferber als Vertreter der Auswärtigen Abteilung, Oberregierungsrat Dr. Schimmel von der Danziger Delegation des Hafenausschusses, der Wirtschaftsreferent des Senats Dr. Peiser und der zweite Syndikus der Danziger Handelskammer Dr. Chrzann.

Es ist anzunehmen, daß wie in Danzig, die Sachverständigen auch in Genf mit großer Sorgfalt das Problem weiterbehandeln werden. Bei der Fülle der im Zusammenhang damit aufgetauchten Fragen aber läßt sich noch gar nicht übersehen, wie lange die Beratungen dauern werden. **Die Sachverständigen selbst hoffen**, wie ich höre, daß es ihnen möglich sein wird, ihr Gutachten bis zum 10. September erstatten zu können. Sie haben jedenfalls den lebhaften Wunsch, es rechtzeitig bis zur Ratstagung fertigstellen zu können.

Es muß aber daran erinnert werden, daß die Sachverständigen ihr Gutachten nicht dem Rat des Völkerbundes direkt zu unterbreiten haben, sondern sie haben es dem Hohen Kommissar des Völkerbundes, dem Grafen Gravina zu erstatten, bei dem das Verfahren anhängig gemacht worden ist. Der weitere Verlauf wird nach den bisherigen Gepflogenheiten also der sein, daß der Hohe Kommissar das Gutachten beiden Parteien zuleiten und sie fragen wird, ob sie das Gutachten annehmen wollen oder nicht. Wenn nicht, wird Graf Gravina auf Grund des Gutachtens seine Entscheidung fällen, gegen die dann eine Berufung beim Rat des Völkerbundes möglich sein wird. Erst nach Ablauf dieses Weges also wird die Frage wieder an den Rat herangeführt werden.

Was sollen nun die Sachverständigen begutachten?

Der Rat des Völkerbundes hatte doch bekanntlich durch seinen Beschluß vom 10. Mai d. J. die Rechtsfragen geklärt, daß Polen verpflichtet ist, den Hafen von Danzig voll auszunutzen. Die Sachverständigen sollen nun Winke für die Beantwortung der Fragen geben, die der Rat offengelassen hat, nämlich, **was denn eigentlich für Polen die Verpflichtung zur vollen Ausnutzung des Danziger Hafens bedeutet**, welche Einzelverpflichtungen sich in der Praxis daraus ergeben, und ob die Ausnutzung des Danziger Hafens so groß ist, daß gesagt werden kann, Polen sei seinen Verpflichtungen nachgekommen oder nicht. Die Sachverständigen haben also eine doppelte Aufgabe zu erfüllen. Sie haben einmal die Rechtslage in dem angedeuteten Sinne weiter zu klären und zweitens festzustellen, wie der Stand des Danziger Hafens und die Ausnutzung des Danziger Hafens gewesen ist etwa bei Einleitung des Streitverfahrens und wie er heute ist.

Danzig stellt sich bekanntlich auf den Standpunkt, daß, wenn von einem der beiden Häfen Danzig oder Gdingen ein Risiko zu tragen ist, es nicht der Danziger Hafen sein kann, der es zu tragen hat. Die Risikothese ist seinerzeit verworfen und von den Sachverständigen als nicht allgemein maßgebend angesehen worden. In ihrem April-Gutachten haben sie die große Frage aufgelöst in Einzelfragen.

Bei den neuerlichen bisherigen Sachverständigen-Verhandlungen haben sich zwei große Fragenkomplexe herausgeschält. Einmal:

die Leistungsfähigkeit des Danziger Hafens.

Danzig berechnet ihn, ohne Berücksichtigung der weiteren Ausbaumöglichkeiten auf 15 Millionen Tonnen jährlich. Polen hat keine Zahl genannt, sich aber auf den Standpunkt gestellt, daß die Ausnutzung, die der Danziger Hafen in den letzten Jahren durch Polen erfahren habe, eine übermäßige Inanspruchnahme der Leistungsfähigkeit gewesen sei. In den letzten Jahren hatte der Danziger Hafen im Jahresdurchschnitt einen Gesamtwarenumschlag von etwa 8 Millionen Tonnen. **Polen hat sich nun offenbar** auf den Standpunkt gestellt, das sei viel zu viel und das könne der Hafen auf die Dauer nicht leisten. Polen möchte die normale Leistungsfähigkeit erheblich unter 8 Millionen Tonnen bemessen wissen. Danzig wehrt sich gegen diese Auffassung und hat den Sachverständigen Material beigebracht, wonach die polnischen Behauptungen nicht zutreffend seien.

Der zweite Fragenkomplex gruppiert sich um die Auslegung der bekannten Entscheidung über die volle Ausnutzung des Hafens und um die Prüfung der Frage, ob das Verhalten Polens so gewesen sei, daß es mit seiner Verpflichtung in Einklang zu bringen sei. Der Streit zwischen den beiden Parteien spitzt sich dabei auf die besondere Art der

polnischen Außenhandels- und Wirtschaftspolitik

zu. In ihrem April-Gutachten waren die Sachverständigen davon ausgegangen, daß grundsätzlich wohl der polnische Außenhandel in den Händen der privaten Kaufmannschaft liege, die gegenüber der Polnischen Regierung unabhängig sei und keinem Einfluß unterliege, über welchen Hafen sie ihre Transporte vornehme. Das April-Gutachten ging also von dem Grundsatz aus, daß eine Regierung der Initiative des privaten Kaufmanns nicht in die Arme fallen dürfe. Danzig bemüht sich nun, den Sachverständigen den Nachweis zu erbringen, daß es kein Land in der Welt gebe, abgesehen von Rußland, in dem der gesamte Außenhandel so abhängig vom Staate sei wie Polen und daß es kaum einen Zweig der Wirtschaft dort gebe, den die Regierung nicht voll in der Hand habe. Danzig hat sich auf den Standpunkt gestellt, **daß der gesamte polnische Außenhandel ein von der Polnischen Regierung gelenkter Verkehr sei, bei dem sich der private Kaufmann gar nicht gestatten könne, sich dem nur zu deutlichen Willen der Polnischen Regierung, Gdingen auf alle Weise vor Danzig zu fördern, entgegenzustellen.**

Wie sich die Sachverständigen mit dieser Sachlage auseinandersetzen werden, kann natürlich nicht vorausgesagt werden. Es ist aber klar, daß ihre Behandlung einen breiten Raum in den Verhandlungen auch weiterhin einnehmen wird, da hier zahlreiche Einzelfragen hineinspielen.

*

Hafenarbeiter-Streik in Gdingen.

Am Montag mittag ist im Gdingener Hafen ein Teilstreik der Hafenarbeiter ausgebrochen, an dem sich der „Gazeta Handlowa" zufolge mehr als die Hälfte der im Hafen beschäftigten Arbeiter beteiligen. Die Verladung von Kohle dauerte den ganzen Tag über ununterbrochen an, eingestellt wurde dagegen die Ausladung von Baumwolle, deren Transport in einer Menge von 2000 Tonnen gestern direkt aus Amerika eingetroffen war. Eingestellt wurde ferner die Verladung von Hoz, Zucker usw. Im Hafen befanden sich gestern über 20 Schiffe, von denen 17 mit Kohle verladen wurden.

Die Streikaktion wird von dem Berufsverbande der Transportarbeiter Polens geleitet, der eine Lohnerhöhung von 15 bis 20 Prozent fordert. Die Regierungspresse beschuldigt natürlich Danzig, bei der Streikaktion die Hand im Spiele zu haben! Da der Streik nur von einem der drei bestehenden Arbeiter-Verbände proklamiert wurde, so nimmt man an, daß der Streik nicht lange dauern werde.

Hitler unterhält sich mit Papen und Schleicher.

Ohne Ergebnis.

Berlin, 30. August. (PAT.) In politischen Kreisen hat die Meldung ungewöhnliches Aufsehen erregt, daß im Laufe des gestrigen Tages eine Zusammenkunft zwischen dem Reichskanzler von Papen, sowie dem Reichswehrminister von Schleicher und dem Führer der Nationalsozialisten, Hitler, stattgefunden hat. Während der Unterredung, die nach Versicherungen von halbamtlicher Seite den Charakter eines freien Meinungsaustausches gehabt hat, soll die Frage einer eventuellen Unterstützung des Präsidialkabinetts durch die Nationalsozialisten angeschnitten worden sein. Im Zusammenhange mit dieser Konferenz meldet das Conti-Bureau:

In der Wilhelmstraße wurde gestern abend erklärt, daß die gestrige Begegnung des Reichskanzlers von Papen mit Adolf Hitler zu der erwarteten Klärung der politischen Lage nicht geführt habe. Dies sei ein Beweis dafür, daß die Nationalsozialisten durchaus nicht daran dächten, die Regierung des Herrn von Papen zu tolerieren. Dieser Standpunkt der Nationalsozialistischen Partei wurde übrigens in einer Rede bestätigt, die Hitler gestern in der Versammlung der beiden nationalsozialistischen parlamentarischen Fraktionen gehalten hat. Infolge der Ablehnung Hitlers überwiegt in parlamentarischen Kreisen, bei denen die Begegnung Hitlers mit dem Kanzler den Gegenstand lebhafter Kommentare bildete, die Überzeugung, daß es zur Auflösung des Reichstages kommen werde.

Ungewißheit herrsche nur über den Termin, an dem die Auflösung des Parlaments erfolgen könnte. Die Begegnung Hitlers mit Herrn von Papen und Herrn von Schleicher erfolgte, wie man hört, auf neutralem Boden, in einem Hotel, nicht aber in der Reichskanzlei.

Einer Meldung der „Deutschen Zeitung" zufolge hat Hitler in dem Gespräch mit dem Reichskanzler erklärt, daß er unter keinen Bedingungen auf das Reichskanzleramt verzichten werde. Papen betonte darauf, daß in dieser Frage Reichspräsident von Hindenburg eine bestimmte Ansicht habe.

Der Schluß der Kanzler-Rede.

Wir haben gestern die politische Einleitung der großen Sonntagsrede des Reichskanzlers von Papen in Münster wiedergegeben, sowie den mit größter Kpannung erwarteten Hauptteil der Ausführungen des Herrn von Papen, der das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung zur Behebung der Arbeitslosigkeit umreißt. Wir tragen in folgendem den Schluß der Kanzlerrede nach, der sich zunächst mit der Not der Jugend, vornehmlich des akademischen Nachwuchses befaßt, um dann wieder in eine sehr aufschlußreiche politische Polemik einzumünden.

Reichskanzler von Papen gab zum Schluß seiner wirtschaftspolitischen Enthüllungen folgende Versicherung ab:

„Ich habe Ihnen den großen Rahmen angegeben, in dem, wie ich zuversichtlich hoffe, die Gesundung unserer gesamten Wirtschaft einen neuen Anlauf nehmen wird. Es würde zu weit führen, mich heute über eine Reihe wichtiger Einzelfragen, wie vor allem das **Zinsproblem** zu äußern. Daß wir diese Frage auf dem privatwirtschaftlichen Wege mit allen Kräften vorwärts treiben, ist ebenso selbstverständlich wie, daß wir eine Diskontsenkung für die allgemeine Wirtschaft binnen kurzem durchsetzen werden.

Ferner aber sollen die zwölf Monate, in denen jene Nothilfe abläuft, dem **organischen Um- und Neubau unseres Staats- und Wirtschaftswesens** dienen, der die eigentliche Aufgabe unserer Zeit ist.

Ein Werkjahr für die Studenten.

In diesem Zusammenhang verhieß der Reichskanzler unter lebhaftem Beifall seiner Zuhörer die Anpassung des gesamten Staats- und Verwaltungsapparates an die Armut der Nation. Er betonte dabei, in welch tatkräftiger Weise der Reichskommissar Dr. Bracht in Preußen die Probleme der Verwaltungsreform angefaßt habe. Sodann ging Herr von Papen auf das schwierige Problem der Verengung des deutschen Lebensraumes für die heranwachsende deutsche Jugend ein. Ganz besonders ernst sei die Lage des akademischen Nachwuchses. Es gehe nicht länger an, daß jährlich mehr als 10 000 Absolventen der Hochschule der Hoffnung beraubt seien, einen Beruf zu finden. Hier plant die Reichsregierung, zunächst die

Zwischenschaltung eines praktischen Jahres zwischen höherer Schule und Hochschule

anzuregen und durchzuführen und gleichzeitig den Hochschulen die unabweisbare Pflicht nahezulegen, nach diesem Jahr auf jede nur denkbare Weise die Zahl der Studenten dem Bedarf der Berufe anzugleichen. Die praktischen Kenntnisse dieses Werkjahres werden von gleichem Nutzen sein für diejenigen, die nach dieser Entscheidung sich praktischen Berufen widmen, wie für diejenigen, die studieren.

„Konservative Staatsführung — so führte der Kanzler aus — sieht ihre Aufgabe darin, mit wenigen Gesetzen und in bewußter Beschränkung auf die wichtigsten Gebiete des Staatslebens einen Rahmen zu schaffen, in dem sich die Kräfte der Nation frei entfalten können. Diesem Neubau auf allen Gebieten wird die Arbeit der nächsten Monate gewidmet sein. Sie kann nur geleistet werden durch eine autoritäre, unabhängige Regierung, die sich ihrer Verpflichtung gegen Gott und gegen die Nation im tiefsten bewußt ist. Aus dieser Überzeugung heraus halte ich es für meine Pflicht, Störungen dieses Werkes durch die Einflüsse der Parteien abzuwehren. Große Aufgaben im Dienste der Nation können nur von dem gelöst werden, der sich dem ganzen Volke und nicht nur einer Partei oder Klasse dienstbar glaubt."

Gegen das Kulissenspiel der Parteien.

Der Kanzler schloß seine Rede mit folgenden Ausführungen:

Der Grundsatz der Reichsverfassung, „die Staatsgewalt geht vom Volke aus", kann nicht bedeuten, daß diese Staatsgewalt dem taktischen Spiel der Parteien im Parlamente ausgeliefert werden soll. **Und wenn heute von einer Koalition zwischen Zentrum und**

NSDAP. gesprochen wird, an die ich nicht glauben kann, weil sie dem ganzen antiparlamentarischen Bekenntnis der Nationalsozialisten widerspricht, so wäre der geheime Grundgedanke solcher Koalition doch nur der, daß die eine Partei die andere zu vernichten wünscht. Ich frage, ob die Not des deutschen Volkes in dieser Stunde wirklich noch ein solches Kulissenspiel erträgt? Auf der anderen Seite denken wir nicht an eine Abweichung von den Grundgesetzen der Verfassung oder gar an einen Wechsel der Staatsform. Die Verfassung selbst hat in der Institution des Reichspräsidenten dem Spiele der Parteien gegenüber den ruhenden Pol geschaffen, den Pol, an dem die einheitliche und unabhängige Führung der Staatsgeschäfte verankert ist.

Von dieser zugleich autoritären und demokratischen Gewalt, die sich uns in der Person unseres Reichspräsidenten von Hindenburg darstellt, hat die Reichsregierung die Rechtfertigung und den Auftrag ihres Wirkens. Ich habe die Pläne, nach denen sie verfahren will, Ihnen in großen Zügen vorgestellt. Nun rufe ich Sie alle, meine anwesenden Freunde, ich rufe das ganze deutsche Volk auf, hinter uns zu treten und uns bei der Durchführung dieser Pläne zu helfen, die der Rettung Deutschlands dienen sollen. Möge das deutsche Volk nicht in innerpolitischem Hader und in verblendeter Selbstzerfleischung diesen Ruf überhören. Unser Glaube an die Zukunft der Nation ist so unerschütterlich wie der jener Millionen, die einst auf den Schlachtfeldern für sie geblutet haben. Und deshalb rufe ich heute dem Lande zu: „Denkt nur an Deutschland." (Lauter, anhallender Beifall.)

*

Die Nationalsozialisten lehnen das Regierungs-Programm ab.

Nach dem Verbot des „Angriffs", der bis zum 31. August nicht erscheinen darf, erscheint in Berlin als Organ der Nationalsozialisten die „Nationalpost". Dieses Blatt bezeichnet die Ausführungen des Reichskanzlers von Papen als „finstere Reaktion". Dann heißt es wörtlich:

„Alles in allem wird man sagen müssen, daß nach dem vielfältigen Geraume um diese Programmrede man eigentlich selbst von Herrn von Papen etwas anderes erwartet hatte. In einer Unterredung, die der Kanzler im Anschluß an seine Ausführungen einem Redaktionsmitglied der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" gewährte, gefiel er sich in der Ansicht, er habe mit seinen Vorschlägen auch einen Teil der Wünsche und Forderungen erfüllt, die von der NSDAP erhoben werden. Hier gibt sich der Kanzler einem verhängnisvollen Irrtum hin. Eine Welle des Unmuts wird durch das Volk gehen, wenn man versucht, die teilweise noch ganz unklar formulierten und häufig geradezu unausgegoren anmutenden Ideen Papens in die Tat umzusetzen. Und ob selbst die Autorität des Herrn Reichspräsidenten, auf die sich Herr von Papen stützen will, ausreicht, diesen Unmut auf die Läne der Zeit zu beschwichtigen, erscheint denn doch außerordentlich fraglich. Es fehlt dem Papenschen Programm der zündende Funke, der mitreißend wirken könnte. Statt dessen ist mit kleinlichen und oft geradezu gehässig klingenden Anwürfen gegen die größte Volksbewegung, die Deutschland seit den Bauernkriegen je gesehen hat, und mit parteipolitischen Exkursen, wie wir sie schon unter früheren Kanzlern bis zum Überdruß erlebt haben, nicht gespart worden. Es wird wohl keinen Menschenin Deutschland geben, der nach dieser Rede die überzeugung hat, es könne von dem System Papen unserem Vaterlande die Rettung kommen!"

Auch der „Völkische Beobachter" spart nicht mit Kritik. Er wirft Papen vor, daß er nicht wage, das Finanzkapital anzufassen, sondern dafür eine Finanzierung plane, die den „völligen Bruch mit allen klassischen Deckungsregeln" bedeute. (Dabei erinnert doch das System der Steuer-Anteilscheine an die Vorschläge des nationalsozialistischen Geldtheoretikers Gottfried Feder, der gleichfalls mit verschiedenen klassischen Deckungsregeln brechen wollte. D. R.)

Heute Eröffnung des Reichstages.

Berlin, 30. August. (PAT.) Die Vorbereitungen zu der am heutigen Dienstag erfolgenden Eröffnung des Reichstages und des Preußischen Landtages sind in vollem Gange. Die parlamentarischen Fraktionen traten bereits gestern im Reichstagsgebäude zu Sitzungen zusammen. Gestern nachmittag fand im Hotel Kaiserhof die Vereidigung der nationalsozialistischen Abgeordneten durch Adolf Hitler statt.

In politischen Kreisen rechnet man damit, daß die Nationalsozialisten mit Rücksicht auf die kritische politische Lage ihren Protest gegen das Erscheinen der kommunistischen Alterspräsidentin Klara Zetkin auf eine offizielle Demonstration beschränken werden. Auf diese Weise soll im Parlament ein Skandal vermieden werden, der zu einer vorzeitigen Auflösung des Reichstages führen könnte. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung" meldet, beabsichtigt Reichskanzler von Papen noch einmal vor dem Parlament mit einer Ansprache hervorzutreten, in der die politischen Forderungen der gegenwärtigen Regierung begründet werden sollen.

Dem Conti-Bureau zufolge ist in parlamentarischen Kreisen das Gerücht verbreitet, daß sich der Reichstag nach der Durchführung der Präsidiumswahl heute auf 8 bis 14 Tage vertagen werde, um dem Zentrum Gelegenheit zu geben, die Verhandlungen mit den Nationalsozialisten zu Ende zu führen. Zwischen dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei ist es bereits zu einer Verständigung über ein einheitliches Vorgehen der beiden katholischen Parteien auf parlamentarischem Gebiet gekommen.

*

Berlin, 30. August. (Eigene Drahtmeldung.) Der heute um 15 Uhr beginnenden Eröffnungs-Sitzung des neuen Reichstages sieht man allenthalben mit besonderer Spannung entgegen. In den Vormittagsstunden herrschte bereits reges Leben und Treiben im Reichstagesgebäude. Auch in der näheren Umgebung des Reichstages vermehrt sich von Stunde zu Stunde die Zahl der Neugierigen, die das Erscheinen der neuen Reichstagsabgeordneten abwarten. Da und dort sieht man Nationalsozialisten in Braunhemden den Reichstag betreten. Die meisten Fraktionen treten vor der Vollsitzung zusammen, um sich über ihre Haltung bei der Wahl des Präsidiums schlüssig zu werden. Polizeiliche Absperrmaßnahmen in der Nähe des Reichstages setzten um die Mittagsstunde in ziemlich erheblichem Umfange ein.

Die Sitzung wird, wie nunmehr endgültig feststeht, von der Kommunistin Klara Zetkin als Alterspräsidentin eröffnet werden. Inwieweit es dabei zu Zwischenfällen oder gar zu Lärmszenen kommen wird, hängt von dem Inhalt der kurzen politischen Ausführungen ab, die Frau Zetkin parlamentarischem Brauch entsprechend in ihrer Eröffnungsrede vorbringen wird. An sich wollen sich die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen teilweise mit einem deutlichen Protest, teilweise auch mit Fernbleiben von der Eröffnungsansprache begnügen.

Wenn nicht unvorhergesehene Zwischenfälle eintreten, wird bereits heute entweder in der Eröffnungssitzung selbst oder, bei Widerspruch, in einer sofort anzuberaumenden neuen Sitzung die Wahl des Präsidenten vorgenommen werden. Das neue Präsidium soll dann vereinbarungsgemäß unter Führung des voraussichtlich dann gewählten nationalsozialistischen Reichstagspräsidenten Stoehr den Reichspräsidenten von Hindenburg in Neudeck aufsuchen, um ihm die Bedenken einer Reichstagsmehrheit gegen gewisse Maßnahmen der Reichsregierung vorzutragen und um ihm die Bereitwilligkeit, eine Regierung mit parlamentarischer Unterstützung zu bilden, zum Ausdruck zu bringen.

Die Reichsregierung wird in der Eröffnungssitzung voraussichtlich nicht vertreten sein, ebensowenig bei der Wahl des Präsidenten, die eine innere Angelegenheit des Reichstages ist.

*

Vor der Regierungsbildung in Preußen.

Noch kein Entschluß des Zentrums über die Koalitionsbildung.

Berlin, 30. August. (Eigene Drahtmeldung.) Im Preußischen Landtag herrschte bereits in den Vormittagsstunden des heutigen Tages starker Hochbetrieb. Alle Fraktionen versammelten sich schon am Vormittag, um in erster Linie ihre Haltung in der auf 12 Uhr angesetzten Ältesten-Rats-Sitzung festzulegen und ihre Redner für die politische Aussprache über die Einsetzung des Reichskommissars zu bestimmen. Die Aussprache über die politischen Terrorakte in den verschiedenen Gebieten Preußens wird erst später stattfinden. Der Landtag wird sich voraussichtlich heute abend bis Anfang nächster Woche vertagen und zwar mit Rücksicht auf den morgen in Essen beginnenden Katholikentag. Die Zentrumsfraktion setzte ihr am Montag begonnene Erörterung der Koalitionsverhandlungen mit den Nationalsozialisten fort. Ob bereits heute ein entscheidender Beschluß gefaßt werden wird, ist noch ungewiß.

Im übrigen darf man gespannt sein, ob der Ältestenrat sich heute mit der Wahl des Ministerpräsidenten beschäftigen und gegebenenfalls einen Termin dafür festsetzen wird, da sich hieraus Schlüsse über den Stand der Verhandlungen zwischen Zentrum und Natoinalsozialisten ergeben würden.

Die Regierung wird sich an den Verhandlungen des Landtages nicht durch den Reichskommissar und die Staatssekretäre, sondern durch die Ministerialdirektoren als Leiter der Fachabteilungen vertreten lassen.

Versetzbare und absetzbare Richter.

Neue Verordnungen über das Gerichtswesen und das Strafgerichtsverfahren.

In dem am Sonnabend erschienenen „Dziennik Ustaw" sind Verordnungen des Präsidenten der Republik erschienen, durch welche verschiedene Bestimmungen über das Gerichtswesen, ferner Bestimmungen der Strafprozeßordnung und endlich die Verordnung über die Ermächtigung der vorgesetzten Behörde zur Pensionierung der Richter oder deren Versetzung in eine andere Dienststelle abgeändert werden. Die Verordnung über das Gerichtswesen tritt am 1. September in Kraft, ebenso die Bestimmungen des Strafprozeßverfahrens. Dagegen ist die Verordnung über die Versetzung von Richtern mit dem Tage der Veröffentlichung, also am Sonnabend, in Kraft getreten.

Nach der Verordnung, durch welche die Bestimmungen der Strafprozeßordnung in den ersten Instanzen abgeändert werden, unterliegen der Rechtsprechung durch einen Richter Strafsachen, auf die eine Freiheitsentziehung bis zur Dauer von fünf Jahren steht. In den Appellationsgerichten werden durch einen Richter Sachen abgeurteilt, die mit Strafen von mehr als zwei Jahren geahndet werden. In den Berufungsabteilungen des Bezirksgerichts unterliegt die Rechtssprechung lediglich einem Richter.

Was die Verordnung über die Versetzung von Richtern anbetrifft, so kann die vorgesetzte Behörde bis zum 31. Oktober d. Js. die Richter ohne ihre Einwilligung an ein anderes Gericht oder in den Ruhestand versetzen. Die Präsidenten und Vizepräsidenten des Gerichts, so heißt es weiter in der Verordnung, können in dieser Zeit ebenfalls ohne ihr Einvernehmen zu Richtern in denselben Gerichten oder in gleichrangigen oder höheren Gerichten ernannt werden, wobei sie in diesem Falle nur die Besoldung erhalten, die mit der neuen Stellung verbunden ist. Richter, die den Anspruch auf Pension noch nicht erworben haben, erhalten im Falle ihrer Pensionierung eine einmalige Abfindung in Höhe eines Sechsmonatsgehalts. Artikel 2 dieser Verordnung bestimmt, daß bis zum 31. Oktober d. Js. die Bestimmungen, durch welche die Richterkandidaten durch Gerichtskollegien vorgeschlagen werden, keine Anwendung finden.

*

Amerika gegen Japan.

Washington, 29. August. (Eigene Drahtmeldung.) Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hat ihren Vertreter in Schanghai beauftragt, bei der dortigen Vertretung der Japanischen Regierung gegen die beunruhigenden Vorbereitungen der japanischen Militär- und Marine-Behörden zu protestieren, die ein erneutes Vorgehen der Japaner im eigentlichen China erwarten lassen.

Tokio, 29. August. (Eigene Drahtmeldung.) Infolge der gespannten Lage zwischen Amerika und Japan hat die Japanische Regierung die Entsendung einer „Friedenskommission" nach Amerika beschlossen.

*

Paris, 29. August. (PAT). das „Echo de Paris" berichtet aus Washington, daß die Entwicklung der Ereignisse im Fernen Osten beunruhigend wirken. Die Entsendung neuer japanischer Truppenabteilungen nach Schanghai und die japanische Anerkennung des neuen mandschurischen Staates habe in den Vereinigten Staaten große Empörung hervorgerufen. Es sei mit ernsten Komplikationen zwischen beiden Ländern zu rechnen. „Die Politik der Vereinigten Staaten", schreibt das Blatt, „basiert auf dem Grundsatze der „offenen Tür in China." In Wahrung der territorialen und verwaltungsrechtlichen Unabhängigkeit dieses Landes ist die Regierung von Washington heute weniger geneigt als jemals, die augenblickliche Lage, die aus der Verletzung der verschiedenen Verträge und des Kelloggpaktes sich gebildet hat, anzuerkennen. In politischen Kreisen nimmt man jedoch nicht an, daß Präsident Hoover oder der Staatssekretär des Äußeren, Stimson, unmittelbar auf die Rede des japanischen Ministerpräsidenten Uschida antworten werden. Mit Ungeduld erwarte man jedoch in Washington den Bericht der Lytton-Kommission. Es herrsche die Meinung vor, daß Japan vor der Entscheidung stehe: entweder ein Schiedsgericht in der mandschurischen Frage anzunehmen oder aus dem Völkerbunde auszutreten.

Nach dem Europa-Fluge.

Die endgültige Siegerliste.

Nach der endgültigen Berechnung der errungenen Punkte hat sich die Liste der Sieger etwas verschoben, und zwar hat den vierten Platz der Deutsche Stein mit 453 Punkten erhalten vor Fretz (Schweiz) mit 452 Punkten. Die endgültige Reihenfolge zeigt das sehr gute Abschneiden der deutschen Flieger und stellt sich wie folgt dar:

Żwirko (Polen	461	Punkte
Poß (Deutschland . . .	458	„
Morzik (Deutschland) . .	458	„
Stein (Deutschland) . . .	453	„
Fretz (Schweiz)	452	„
Hirth (Deutschland) . . .	450	„
Cuno (Deutschland) . . .	447	„
Seidemann (Deutschland) .	447	„
Lusser (Deutschland . . .	437	„
Karpinski (Polen) . . .	435	„
Bajan (Polen)	433	„
Kalla (Tschechoslowakei) .	428	„
Pasewald (Deutschland) . .	426	„
Osterkamp (Deutschland) .	426	„
Junck (Deutschland) . . .	424	„
v. Massenbach (Deutschl.) .	415	„
Marienfeld (Deutschland) .	375	„
Gedgowd (Polen) . . .	345	„
Anderle (Tschechoslowakei)	273	„
Delmotte (Frankreich) . .	265	„
Kleps (Tschechoslowakei) .	221	„
Duroyon (Frankreich) . .	214	„
Arnoux (Frankreich) . . .	162	„
Nicolle (Frankreich) . .	151	„

Der Deutsche Aero-Klub empfing am Sonntag abend die Teilnehmer des Europa-Rundfluges zu einem Bankett, an dem Vertreter der Behörden, der Diplomatie, der Wissenschaft, der Aero-Klubs, der Presse usw. teilnahmen.

*

Żwirko über seinen Sieg.

und die deutschen Flieger.

Der Berliner Korrespondent der „PAT." hatte eine Unterredung mit dem Oberleutnant Żwirko, in der dieser u. a. erklärte:

„Ich bin außerordentlich glücklich, daß ich für Polen den Sieg bei dem diesjährigen Europa-Fluge erlangen konnte. Der ganze Flug war interessant und der Kampf sehr hart. Mit besonderer Anerkennung muß ich mich über die Organisation des ganzen Wettbewerbs aussprecher, die überall, besonders aber in Berlin, hervorragend war. In Berlin wurden auch die sehr komplizierten technischen Proben durchgeführt. Die Kontrolle dieser Proben lag in den Händen der Vertreter des Deutschen Aero-Klubs und wurden mit einer musterhaften Objektivität durchgeführt. Besonders möchte ich die kollegiale Haltung und die hohe Sportkultur der deutschen Flieger unterstreichen, mit denen ich den Sportkampf durchgeführt habe, besonders der Herren Morzik, Poß, Hirth und Oberleutnant Seidemann, der eine geradezu imponierende Flugleistung gezeigt hat."

Über seine Vergangenheit befragt, erklärte Oberleutnant Żwirko: „Ich stamme aus Wilna, meine Flugausbildung habe ich in Polen in den Jahren 1921/22 in Bromberg erhalten, wo ich in die Fliegerschule nach Rückkehr aus Rußland eingetreten bin."

Oberleutnant Żwirko ist übrigens auch mit einer Brombergerin verheiratet.

Im „Lokal-Anzeiger" plaudert Elly Steinborn über das Ergebnis des Europafluges:

*

Zuverlässigkeit, das Ergebnis für Deutschland.

„Es ist uns nicht gelungen, zum drittenmal den Ersten Preis für Deutschland nach Hause zu fliegen; aber unsere teilnehmenden Maschinen kamen beinahe geschlossen in einem lächerlich geringen Punktabstand eine nach der anderen hinter dem Sieger herein. Der Punktverlust, den wir in der diskretionären Wertung für Ausrüstung usw. einstecken mußten, ließ sich nicht mehr einholen, obwohl sich herausstellte, daß das deutsche aus 15 Maschinen und damit von einer Nation am zahlreichsten besetzte Team mit Ausnahme von zweien durch den ganzen Wettbewerb gegangen ist; und alle liegen in guter Position. Dieser Flug wurde von dem deutschen Team durchgehalten mit einer Regelmäßigkeit und Zuverlässigkeit, die überhaupt noch nicht dagewesen ist."

Kleine Rundschau.

„Graf Zeppelin" nach Südamerika gestartet.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin" ist am Montag früh um 6.02 Uhr zu seiner fünften diesjährigen Südamerika-Fahrt aufgestiegen. Die Fahrt war wegen der ungeklärten politischen Lage in Südamerika um 14 Tage verschoben worden. Dr. Eckener hat die Führung des Luftschiffes. Sechs Passagiere, darunter die bekannte Fliegerin Antonie Straßmann und Ministerialrat Dr. Knipfer aus Berlin, nehmen an der Fahrt teil. Das Luftschiff führt über 100 Kilogramm Post mit.

Pilot Gabriel freigesprochen!

Eine eigenartige Ursache liegt der Anklage wegen fahrlässiger Tötung gegen den bekannten Piloten Willi Gabriel zugrunde, der sich am Sonnabend vor der Großen Strafkammer des Landgerichts II in Berlin zu verantworten hatte. Dem Angeklagten wurde der Vorwurf gemacht, durch seine fahrlässige Flugweise ein folgenschweres Unglück herbeigeführt zu haben, bei dem am 3. Juni d. J. eine Arbeiterin der Temmler-Werke getötet und sieben weitere zum Teil nicht unerheblich verletzt wurden.

Der Angeklagte schilderte, daß er schon im Jahre 1910 zur Fliegerei gekommen sei. Den Krieg habe er von 1914 bis 1918, zuletzt in der Jagdstaffel des bekannten Fliegers Freiherrn v. Richthofen mitgemacht. Die höchsten Auszeichnungen seien ihm verliehen worden. Im Jahre 1925 sei er von Bromberg, wo er die Möbelfabrik seines verstorbenen Vaters leitete, nach Johannisthal gekommen und habe sich mit der Konstruktion von Flugzeugen beschäftigt. An dem Unglückstage hatte er die Absicht, mit einer Maschine, die noch nicht zugelassen war, mit abgestopptem Motor eine Ziellandung zu versuchen, eine Übung, die er schon mehrere Male ausgeführt hatte. Als der Apparat in 300 Meter Höhe war, kam er plötzlich ins Trudeln. Es gelang dem Piloten nicht mehr, ihn in die Gewalt zu bekommen.

Gabriel bestritt jede Fahrlässigkeit und jeden Kunstfehler. Es müsse ein unerklärlicher technischer Vorgang dem Unglück zugrunde liegen. Als der Apparat ins Trudeln kam, sei er in einer Höhe von 300 Metern gewesen. Der Angeklagte meint, daß er, wenn er höher geflogen wäre, den Apparat bestimmt wieder in die Hand bekommen hätte, wie dies schon des öfteren vorgekommen war. Der Angeklagte bestreitet, einen Kunstflug ausgeführt zu haben. Es könne allerdings den Anschein erweckt haben, als ob er Kunstflüge machte.

Das Gericht kam schließlich zu einem Freispruch des Flugzeugführers, da ein überzeugender Beweis für seine Schuld nicht gegeben sei. In der Begründung erklärte der Vorsitzende, daß das Gericht den Angaben Gabriels Glauben schenke. Fahrlässigkeit habe das Gericht nicht angenommen.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 30. August.

Bewölkung.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet Bewölkung bei wenig veränderten Temperaturen an.

Straßenrennen um die Meisterschaft von Bromberg

Ein größeres Radrennen fand am Sonntag, 28. d. M., auf der Danziger Chaussee über eine Strecke von 100 km statt. Es handelte sich um ein Straßenrennen um die Meisterschaft von Bromberg. Die Beteiligung an dem Rennen war sehr rege. Die Fahrer hatten sowohl auf der Hintour, wie auf dem Rückwege mit starkem Seitenwind zu kämpfen. Eine hervorragende Leistung vollbrachte der Fahrer H. Heinich aus Pakosch, der dem gesamten Felde bereits nach 10 Kilometern ausrückte und seinen Vorsprung ständig vergrößern konnte. Eine Sensation rief das Versagen des besten polnischen Straßen-Fahrers Felix Więcek hervor, welcher das Rennen nach 70 Kilometern aufgab, nachdem keine Aussicht mehr bestand, den Ausreißer einzuholen. Sieger des Wettbewerbes wurde demnach H. Heinich-Pakosch in der Zeit von 3 Stunden 21 Minuten, 2. Franz Heinich-Pichcin in 3 Stunden 30 Minuten, 3. Fr. Malec-Inowrocław in 3 Stunden 30 Minuten. 4. H. Siodek-Bromberg in 3 Stunden 36 Minuten, 5. B. Janicki-Bromberg in 3 Stunden 36 Minuten. Sämtliche 5 Sieger benutzten die hiesige Fahrradmarke Original-Rekord.

§ **Mehr Metallgeld.** Die Regierung hat beschlossen, neuerdings 77 Millionen Złoty Metallgeld in den Umlauf zu bringen, und zwar 33 Millionen in 10-Złoty-Stücken. Die Grenze der Emission von Metallgeld beträgt 320 Millionen, welche Summe im Jahre 1924 im Verhältnis von 12 Złoty auf den Einwohner bei der damaligen Einwohnerzahl von 26 Millionen festgesetzt worden war.

Die Menge des ausgegebenen Metallgeldes beträgt in Belgien 14, in Italien 23, in England 43 und in Deutschland 63 Złoty pro Kopf der Bevölkerung.

§ **Der bienenwirtschaftliche Verein für Bromberg und Umgebung** hielt kürzlich ist Ostrometzko bei Herrn Maka seine Monatsversammlung ab. Zur Frage der Faulbrutversicherung erklärte sich die Versammlung gegen eine Pflichtversicherung. In bezug auf Steuer für Bienenstände wurde bekanntgegeben, daß nur diejenigen besteuert werden, die aus dem Honigverkauf ein Gewerbe machen. Sodann sprach der Vorsitzende über Einwinterung der Bienen. Nach Aufnahme eines neuen Mitgliedes wurde die Versammlung geschlossen. Zum Schluß besichtigte man die Bienenstände der Herren Maka und Dornowski.

§ **Wegen Diebstahls** hatten sich vor Gericht die Arbeiter: der 17jährige Wincenty Rostworowski, der 29jährige Bronisław Zielinski und der 19jährige Franciszek Kolaczak, sämtlich aus Margonin, zu verantworten. In der Nacht zum 15. April d. J. stahlen die Angeklagten aus der Scheune des Landwirts Anton Rohde 11 Zentner Roggen. Vor Gericht bekennen sich die Angeklagten zu den Diebstählen und geben an, daß sie diese aus Not begangen hätten. Das Gericht verurteilte R. zu zwei, Z. zu vier und K. zu drei Monaten Gefängnis. ‡

§ **Ein Autounfall vor Gericht.** Die Chauffeure Leon Mikolajczak aus Gnesen und Franciszek Gackowski aus Bromberg hatten sich vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts dafür zu verantworten, daß sie infolge eigener Unvorsichtigkeit einen Autozusammenstoß herbeiführten. Am 26. April v. J. fuhr eine Autotaxe, gesteuert von dem Angeklagten G., aus Gnesen nach Bromberg. In dem Auto befanden sich vier Personen, u. a. der hiesige Arzt Dr. Dobak mit seiner Gattin. Auf der Chaussee hinter Gnesen kam ihnen ein Autobus entgegen, der von dem Angeklagten M. gesteuert wurde. Der Chauffeur des Autobusses soll nun, entgegen seinen Vorschriften, beide Scheinwerfer derartig in Tätigkeit gesetzt haben, daß der Führer der Autotaxe geblendet von dem grellen Licht, mit voller Wucht auf den Autobus auffuhr. Der Anprall war so heftig, daß die Insassen des Autos auf die Chaussee hinausgeschleudert wurden. Während Dr. Dobak und die übrigen Personen zum Glück ohne ernstliche Verletzungen davonkamen, erlitt Frau Dobak einen Bruch des Nasenbeins, sowie Verletzungen des Oberkiefers. Die Angeklagten bekennen sich nicht zur Schuld und wollen beide, wie sie angeben, vorschriftsmäßig ihre Wagen gesteuert haben. M., der erste Angeklagte, verteidigt sich damit, daß er den Autobus sofort auf die rechte Seite der Chaussee gesteuert und angehalten habe, als er den anderen Wagen herannahen sah, der angeblich so fuhr, als hätte der Führer die Gewalt über denselben verloren. Das Gericht stellte jedoch nach Vernehmung der Zeugen fest, daß beide Angeklagten die Schuld an dem Autounfall trifft und verurteilte sie zu je einem Monat Gefängnis mit dreijährigem Strafaufschub. ‡

§ **Einbrecher** drangen mit Hilfe eines Nachschlüssels in das Geschäft der Frau Alma Modrow, Mittelstraße (Sienkiewicza) 55, ein und stahlen Strümpfe, Socken und Weißwaren. — Vom Hofe eines Hauses auf dem Kornmarkt wurde dem Arbeiter Josef Hermann aus dem Kreise Bromberg ein Fahrrad, Registriernummer 3985 Bromberg-Kreis, entwendet. Von den Tätern fehlt jede Spur.

§ **Einen Unfall** erlitt der Fleischer Emil Cieszyński, Conradstraße (Aleje Ossolinskich) 1. Als er das Schlachthof-Restaurant verließ, stürzte er auf der Treppe so unglücklich, daß er sich ein Bein brach und mit Hilfe des Rettungswagens in das Stadtkrankenhaus gebracht werden mußte.

§ **Einen schweren Verlust** erlitt der Arbeiter Stanisław Cinsko, Glinkerstraße (Glinki) 51. Er begab sich mit zwei Vermittlern in einer Autotaxe auf ein Dorf in der Nähe Brombergs, um dort über den Ankauf einer Wirtschaft zu verhandeln. Während dieser Autofahrt wurden ihm, wie er der Polizei meldete, 500 Złoty entwendet, die er in der Gesäßtasche bei sich trug.

Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

M.-G.-V. „Kornblume". Wegen Todesfalls bitten wir alle Sänger, heute abend vollzählig zu erscheinen. Der Vorstand. (7136

Deutsches Privatgymnasium Bydgoszcz, Warmińskiego 13. Die Schule beginnt am Donnerstag, dem 1. September 1932, um 8 Uhr. (7031

Selbstmord eines Ehepaares.

⚭ **Pudewitz** (Pobiedziska), 29. August. Dem Schneidermeister Grala hierselbst wurde für rückständige Steuern das ganze Hab und Gut gepfändet. Aus Gram beschloß er mit seiner Frau sich durch Gas das Leben zu nehmen. Beide Ehegatten hatten sich ihren Sonntagsstaat angezogen und wurden tot auf den Betten liegend aufgefunden. Ein drei Jahre altes Kind ist zurückgeblieben, da dasselbe sich krank im Krankenhause in Posen befindet.

v. **Argenau** (Gniewkowo), 29. August. Gestern Nacht brannte auf dem Gehöfte des hiesigen Besitzers Stawaczyk ein Viehstall mit der anschließenden Scheune bis auf die Umfassungswände nieder. Durch das energische Einschreiten der Wehrmannschaften konnte das Wohnhaus gerettet werden. — Wieder haben sich leichtgläubige Leute von einer geriebenen braunen Pustatochter irre führen lassen. So kam letztens eine Zigeunerin zu einer Landwirtsfrau in Wygoda, um diese von ihrer langen Krankheit zu heilen. Um eine wirksame Heilung herbeizuführen, wurde das Gesicht der kranken Frau mit einer Salbe eingerieben und der Kopf verbunden, dann mußte sich die Frau ins Bett legen. Bei dieser Gelegenheit raubte die Zigeunerin Kleidungsstücke, Decken, sowie andere Wertsachen und verschwand auf Nimmerwiedersehen. Dasselbe Manöver führte die Zigeunerin auch noch bei anderen Frauen durch.

q. **Gnesen** (Gniezno), 29. August. Ein Einbruch wurde am Sonntag nachmittag bei der Frau Dr. Heine in Gnesen verübt. Die Diebe wurden von Nachbarn bemerkt und vertrieben, ehe sie Beute machen konnten. — Dem Arbeiter des Gutsbesitzers Hahn in Winiary, Tirański, wurden in vergangener Nacht sämtliche Hühner gestohlen.

z. **Inowrocław,** 29. August. Einen Selbstmordversuch unternahm am Sonnabend eine weibliche Person. Als sie in den Solbadteich gesprungen war und zu sinken begann, stieß sie gellende Hilferufe aus. Zwei Herren eilten herbei und es gelang ihnen auch, die Lebensmüde aus dem Wasser zu ziehen. Das Motiv zu der Tat soll in unglücklicher Liebe zu suchen sein. — Unbekannte Diebe stahlen der hiesigen Einwohnerin Frau Marie Zerbst ca. 25 Zentner Kohlen, und Herrn Richard Meyer aus Danzig 200 Złoty in bar. — Wegen Diebstahls von Kohlen auf dem hiesigen Bahnhofe konnte ein Mann festgenommen werden.

c. **Janowitz,** 29. August. Goldene Hochzeit. Am Sonntag, 28. d. M., feierte das Landwirtsehepaar Luther in Bilany das seltene Fest der Goldenen Hochzeit. Dem Jubelpaar, welches weit über unsere Grenzen hinaus verehrt und geachtet ist, wurden recht zahlreiche Ehrungen zuteil.

c. **Kletzko,** 29. August. Am vergangenen Sonnabend entstand in den Nachmittagsstunden ein gewaltiges Schadenfeuer auf dem Dominium Kaminiec. Eine große Feldscheune stand plötzlich in Flammen. Die zum Drusch aufgestellte Dampfmaschine wurde mitsamt der Scheune ein Raub des rasenden Elements. Der Gesamtschaden beträgt etwa 50 000 Złoty. — Am selben Tage in den Abendstunden entstand auf geheimnisvolle Weise ein großes Schadenfeuer bei dem Besitzer Rusch in Paulsdorf. Auch hier stand die Scheune plötzlich in hellen Flammen und brannte restlos nieder, ebenso ein Viehstall.

♁ **Posen** (Poznań), 28. August. Aus unbekannter Ursache unternahm der Lazarusmarkt 8 wohnhafte Eisenbahnpensionär Ludwig Giołacki einen Selbstmordversuch, indem er sich an den Händen, am Halse und an den Füßen die Adern öffnete. Er wurde im hoffnungslosen Zustande dem Eisenbahnerkrankenhause zugeführt. — Ein Kinderstreit in den Häusern hinter dem Warschauer Tore führte zur Einmischung der Mütter, die sich gegenseitig in die Haare gerieten. Diesen kamen schließlich wieder die Männer zu Hilfe, so daß bald eine solenne Schlägerei im Gange war. Dabei erlitt der 39jährige Hermann Heymann von seinem Gegner Franz Kropiński mit einem Hackemesser eine schwere Verletzung der rechten Hand. — Ein Landwirt Anton Wojczak aus Alt-Lubasz, Kreis Kosten, wurde beim Kümmelblättchenspiel auf der Vogelwiese am Eichwaldtore um 30 Złoty gerupft. — Beim Versuch beim Baden in die Warthe zu springen glitt die 17jährige Wanda Janasik aus und stürzte fünf Meter herab, wobei sie sich schwere Verletzungen zuzog.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

Drei Männer in einem Brunnen umgekommen.

In dem Dorfe Broszki, Gemeinde Zloczew, Kreis Sieradz, grub der Bauer Walenty Rosiak mit Hilfe zweier Arbeiter einen Brunnen. Als bereits eine Tiefe von 5 Metern erreicht war, stürzte der Brunnen ein und begrub die drei Männer, die den Erstickungstod starben.

* **Warschau (Warszawa), 29. August. In der Sommerfrische Jeziora, Kreis Kamien-Korzyśk, vergnügten sich fünf Sommerfrischler mit Kahnfahrten. Plötzlich schlug ein Kahn um und die Insassen fielen ins Wasser. Ein junges Mädchen konnte sich retten, während vier Mädchen und ein junger Mann nur als Leichen geborgen werden konnten.**

* **Lodz,** 29. August. Auf der neuerbauten Eisenbahnlinie Zdunska-Wola—Inowrocław, die eine Teilstrecke der Bahnlinie Oberschlesien—Gdingen darstellt, entgleiste ein Probezug, in dem sich die Abnahmekommission befand. In der Richtung von Inowrocław war von Zdunska-Wola ein Zug mit einem einzigen Personenwagen abgelassen worden. Die Kommission bestand aus Vertretern der Eisenbahndirektion und der französisch-belgisch-polnischen Eisenbahngesellschaft. Zwischen den Stationen Zaborow und Poddenbice, beim Dorfe Busina, entgleiste die Lokomotive in dem Augenblick, als sie über den Bach fuhr, der die Grenze zwischen den Kreisen Lenczyca und Sieradz bildet. Der Lokomotivführer wurde schwer verletzt und mußte nach Zdunska-Wola ins Krankenhaus geschafft werden. Sein Gehilfe trug leichtere Verletzungen davon. Die Kommission kam mit dem bloßen Schrecken davon. Wie festgestellt wurde, ist das Unglück auf eine unzulängliche Biegung der Schienen zurückzuführen.

Freie Stadt Danzig.

Eine Liebestragödie am Strande.

Am vergangenen Sonnabend, abends gegen 11 Uhr, trafen Spaziergänger auf der Strandpromenade in Brösen eine 22jährige weibliche Person, die sich nur mühsam auf den Beinen halten konnte. Sie war blutüberströmt und drohte zusammenzubrechen. Die Passanten brachten sie zur Polizeiwache Brösen, wo die Bedauernswerte angab, von dem Handlungsgehilfen Max Rex, ebenfalls 22 Jahre alt, Hochstrieß wohnhaft, durch zwei Revolverschüsse verletzt worden zu sein. Sie sei mit Rex zusammen an den Strand gegangen, wo dieser plötzlich einen Revolver gezogen, zweimal auf sie gefeuert habe und dann die Waffe gegen sich selbst richtete. Sie sei darauf ohnmächtig geworden. Über eine Stunde lang habe sie besinnungslos am Strande gelegen und habe sich dann auf den Weg zur Polizei gemacht. Polizeibeamte machten sich sofort auf die Suche und fanden Rex am Strande, ca. 300 Meter westlich Brösen auf dem Rücken liegend tot vor. Der Tod ist auf einen Kopfschuß zurückzuführen, den sich Rex selbst beigebracht hatte. Welche Gründe zu dieser unglückseligen Tat geführt haben, wird die Untersuchung ergeben. Anscheinend ist unglückliche Liebe als das Motiv zur Tat anzusehen. †

* **Von der Straßenbahn überfahren.** Sonntag abend gegen 10 Uhr versuchte der Dachdeckergehilfe Erich Freudenreich, am Max-Halbe-Platz auf eine in Richtung Danzig fahrende Straßenbahn aufzuspringen. Da er leicht angetrunken war, verfehlte er das Trittbrett des Vorderperrons und geriet mit dem linken Fuß unter das Schutzbrett des Motorwagens. Trotz scharfen Bremsens konnte der Straßenbahnwagen nur langsam zum Halten gebracht werden, so daß Fr. noch ungefähr 7 Meter weit mitgeschleift wurde. Ein Arzt stellte eine Fußknochensplitterung fest und veranlaßte die Überführung des Verletzten ins Städt. Krankenhaus. †

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 30. August 1932.

Krakau — 2,83, Zawichost + 0,91, Warschau + 0,82, Plock + 0,74, Thorn + 0,76, Fordon + 0,81, Culm + 0,67, Graudenz + 0,87, Kurzebrak + 1,11, Pickel + 0,32, Dirschau — 0,30, Einlage + 2,32, Schiewenhorst + 2,58.

☛ Heute letzte Nummer

in diesem Monat. Wer seine Bestellung auf die **Deutsche Rundschau** noch nicht erneuert hat, hole es jetzt sofort nach. Beschweren Sie sich auch beim Postamt Ihres Bezirks, falls Unregelmäßigkeiten in der Zustellung eintreten sollten. — Die bereits erschienenen Nummern liefert die Post, soweit solche überhaupt noch zu beschaffen sind, nur auf ausdrückliches Verlangen nach.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströse; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hepke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann T. z o. p., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund" Nr. 198

Lydia Bleck
Willy Fandrey
Verlobte

Nakel — Flatow
im August 1932. 7127

Gestern Abend 6 Uhr entschlief sanft nach kurzem schweren Leiden mein inniggeliebter Mann, unser herzensguter Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der

Landwirt
Bernhard Weber

im 49. Lebensjahre.
Dieses zeigen im Namen der Hinterbliebenen tiefbetrübt an

Frau **Minna Weber** und Kinder.

Bobrowiec, den 30. August 1932.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 1. September, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle in Nowe auf dem Friedhof in Nowe statt. 7140

Boris Sokolower - Bankgeschäft - Danzig

Telefon: 265-30 — Langermarkt 35 — Telegr.-Adr.: Interna

Ausführung aller Bankgeschäfte

Prompte Erledigung von Inkasso bei billigsten Bedingungen

Laufende Abgabe von Goldmünzen in Dollar, Rubel, Souvereigns u. Mark 6712

Statt besonderer Anzeige.

Am Montag, dem 29. August, nachm. 5 Uhr, verschied nach kurzem, schmerzvollem Krankenlager mein lieber Mann, unser herzensguter Vater, Schwiegervater und Großvater, der

Kaufmann
Ewald Jeske

im Alter von 55 Jahren und 6 Tagen.

In tiefer Trauer
Frau **Gottliebe Jeske** geb. **Schumann**
Friedel Bartels geb. **Jeske**
Hildegard Bartsch geb. **Jeske**
Kurt Jeske
Hans Jeske
Dr. Willy Bartels, Studienrat
Max Bartsch, Lehrer
und **drei Enkelkinder.**

Bydgoszcz, den 30. August 1932.

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 2. September, nachm. 4½ Uhr, von der Leichenhalle des evangelischen Friedhofes in Jägerhof aus statt. 3361

Von Beileidsbesuchen bitten wir Abstand zu nehmen.

Suche eine vermögende alleinsteh. Dame zwecks
Heirat
kennen zu lernen. Off unter S. 7098 an die Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Unser Büro 7139
befindet sich vom 1. September ab
Aleje Mickiewicza 3
W. Baerwald i Ska, Bydgoszcz

Gänzlicher Ausverkauf
wegen Aufgabe des Geschäfts
von Weinen, Spirituosen
Delikatessen sowie Kolonialwaren
der Firma **B. Schmidt,**
ulica Gdańska 33. 3352

Die Beerdigung unseres lieben Entschlafenen
Albert Krüger
findet morgen Mittwoch, nachm. 6 Uhr, von der Leichenhalle des alten kath. Friedhofes aus statt. 3359

Suche Stellung als einfache **Stütze** in einem besseren Stadthaushalt. 7096
G. Guse, Zalachowo, p. Łabiszyn, pow. Szubin

Zum
Schulbeginn

Schreibhefte
Diarien
Löschblätter
Tinte
Federhalter
Federkästen
Federn
Schiefertafeln
Griffel
Schwämme
Bleistifte
Radiergummi
Lineale
Zirkel
Reißzeuge
Zeichenpapier
Skizzenbücher
Zeichenkohle
Reißbretter
Reißschienen
Winkel 6787

A. Dittmann T. z o. p.
Bydgoszcz
Telefon 61 — Marsz. Focha 6.

Am Montag, dem 29. August verschied nach kurzem, schmerzensreichen Krankenlager unser hochverehrter Senior-Chef, der

Kaufmann
Ewald Jeske

im Alter von 55 Jahren.

Sein Fleiß war uns ein leuchtendes Vorbild. Seine Güte wird ihn uns nie vergessen lassen.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Die Angestellten und Arbeiter der Firma Ewald Jeske.

Bydgoszcz, den 30. August 1932. 3362

Dem Herrn über Leben und Tod hat es gefallen aus dieser Zeitlichkeit abzuberufen

den Kirchenältesten
Ewald Jeske

aus Schleusenau am 29. August im Alter von 55 Jahren. Der Heimgegangene hat unserer Gemeinde in schwerer Zeit schlicht und treu wertvollste Dienste geleistet. Wir werden seiner stets in Dankbarkeit und Verehrung gedenken. 3365

Die vereinigten kirchl. Körperschaften Schleusenau

J. A.: **Sichtermann, Pfarrer.**

Ganz plötzlich und unerwartet entschlief heute früh 12.15 Uhr mein lieber herzensguter Mann, unser lieber Papa, Bruder und Schwager, der

Molkereiverwalter 7129
Otto Reimann

im blühenden Alter von 49 Jahren.

Im Namen der Hinterbliebenen in tiefster Trauer

Grete Reimann, geb. **Tohm**
und Kinder **Eva** und **Ursula.**

Malki-Malken, den 29. August 1932.

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 2. September, um 3 Uhr nachmittags statt.

Polnisch. u. deutsch. Unterricht w. gewissenhaft erteilt. **Plac Poznański 1,** II, r.

Perf. Hausschneiderin
Glebowski,
Hetmańska 18, W. 4. 3118

Nehme den englischen **Unterricht** v. 1. Septbr. wieder auf
(Miss) Baker-Beall
3333 **Kołłątaja 1, m. 1.**

Uebersetzungen
deutsch-poln., bes. **technisch. Inhalts,** w. ausgef. vom Spezialisten. Anfrag. bezw. Adressenangabe unter **K. 3337** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Vorbeugungskuren
gegen Typhus nach der Homöopathie. 3354
A. Sękowski, Astrolog.

Schulbücher
Atlanten,
Wörterbücher,
Schreibhefte,
Federn,
Bleistifte,
Schiefertafeln,
Schreib- und
Zeichenmaterial.

Oswald Wernicke
Buchhandlung. Tel. 884
Dworcowa 7. 7028

Polnisch. u. französ. Unterricht
erteilt routin. Lehrerin m. Warschauer Diplom. **Król. Jadwigi** 19, Wohn. 3. 3344

Drahtzaungeflecht
mittelkräftig,
2,0 m/m od. **2,2** m/m
0.95 pro m² **1.10** zł
Einfassung **20** gr mehr.

Draht —

Binde-	1,2 m/m	**1.60** zł
Spalier-	2,2 m/m	**4.40** zł
Spann-	3 m/m	**8.—** zł
Spann-	4 m/m	**13.60** zł
Koppel-	5 m/m	**18.75** zł
Stachel-	2-spitz.	**13.—** zł
„	4-spitzig	**17.—** zł

verzinkt pro 100 lfd. m ab Fabrik. Nachnahme
Drahtflechtfabrik
Alexander Maennel,
Nowy Tomyśl (W.) 6.

Erstkl. Kürschnerei
Bydgoszcz. 3353
Plac Wolności 3,
führt sämtl. Arbeiten solide und billig aus.

Schadchen
gesucht. Offert. unter **B. 7134** a. d. G. d. Z.

Bielitzer Stoffe sind die besten!

Ihren Bedarf von Anzugs- und Mantelstoffen können Sie sich direkt aus Bielitz besorgen. Ich liefere garantiert erstklassigste Bielitzer Qualitäten in den modernsten Mustern zu günstigen Preisen. Verlangen Sie vollkommen unverbindlich und kostenlos (selbst Rückporto füge ich bei) meine neue Musterkollektion. Außerst solide Bedienung.

Fa. **Wiktor Thomke** 7062
wyrób i skład sukna, **Bielsko-Kamienica**

Heirat

Suche eine Frau edlen Charakters, im Alt. bis zu 45 Jahren, evgl., m. Verm. v. 4000 zł aufwärts, zwecks späterer **Heirat** kennen zu lernen. Bin Handwerksmeister mit gut. Existenz, Ende 50er, evgl. Nur ernstgemeinte (nicht anonyme) Angeb. mit Bild unt. **L. 3338** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Einheirat
in eine
Bäckerei
wird ein. soliden, tüchtigen, evangel. Bäcker, nicht unt. 26 Jahr., geboten. Gfl. Zuschrift. m. Bild, welches zurückges. wird, u. **O. 807** an Ann. Exp. **Wallis Toruń.**

Offene Stellen

Suche sof. tücht., evgl.
Bäcker
d. m. Bäckerei selbständ. führ. k. **Toruń-Mokre,** Grudziądzka 130. 7119

Lehrling
Sohn achtbarer Eltern, kräftig, nicht unter 16 Jahren, kann sofort eintreten in Brot u. Feinbäckerei. **Hugo Raddatz,** Bäckermeister 7052
Więcbork, Pomorze, Marsz. Piłsudskiego 8.

Forstlehrling
gesund und kräft., nicht unter 17 Jahr, sucht die **Forstverwaltung Drzeczkowo p. Osieczna** powiat Leszno. 7082

Jüng. Buchhalterin
d. deutsch. u. poln. Spr. in Wort und Schrift mächt., in all. Zweig. d. Buchhaltg. firm, flotte Maschinenschr., p. sofort gesucht. Off. m. Zeugn.-Abschr. u. Geh.-Anspr. u. **M. 3339** a. d. Gst. d. Ztg.

Suche zum 15. 9. oder 1. 10. evgl. 7130
Wirtin
die auch die Wäsche übernimmt und nähen kann, da kein Federvieh zu besorgen ist. Meldungen m. Zeugn. und Gehaltsanspr. an Frau **M. Höltzel, Birkeneck,** p. Brodnica, Pomorze.

Ehrl. fleißig. **Mädchen** für alle Hausarbeit gesucht. 3336
Meld. Zacisze 5, Whg. 6.

Tüchtig. evangel. Mädchen
für Arbeit im Haush. u. Garten, die auch Melken kann, von sofort ges. 3349
Gärtnerei Fordońska 51

Stellengesuche

Verheir. Landwirt m. guten Zeugnissen sucht Stellung als
Verwalter
oder **Bewirtschafter** einer Landwirtschaft, ist bereit mit Frau mitzuhelfen. Sicherheit kann gestellt werden. Vermittler erhalten 500 zł. Gefl. Offert. unt. **W. 7131** an d. Geschäftsstelle dies. Zeitg. erbet.

Suche von sof. od. spät. Stellung als
Wirtschafter
Vogt, evtl. Hofverwalter, bin evangl., 30 J. alt, Landwirtsohn, verh., kinderl., an Ordnung u. gewissenh. Ausführ. gewöhnt. Herrschaften, denen es an ein. ehrl. u. sol. Mensch. geleg. ist, wollen bitte Off. u. **C. 7135** a. d. Geschäftsst. der Deutschen Rundschau senden.

Landw. Beamter
evangl., mit gut. Zeugnissen, prakt. u. theoret. Ausbildung, der poln. Sprache in Wort und Schrift mächt., m. Gutsvorsteherfachen vertraut und in ungekündigter Stellung, **sucht** ab 1. 1. 1933, evtl. früher Stellung, wo Verheiratung möglich. Off. unt. **A. 7133** a. d. Geschäftsstelle d. Ztg. erb.

Suche zum 1. 10. 1932 **Stellung** als 7125
2. oder alleiniger Beamter
unt. Leitung d. Chefs. Habe 4 Jahre Praxis, bin 24 J. alt, militärfr., beherrsche die deutsche u. poln. Sprache. Off. sind zu richten an
Heinrich Thureim,
Zodyn-Nowy,
pow. Wolsztyn.

Evangl. Lehrerin sucht Stellung als
Hauslehrerin
Off. u. **S. 3363** a. G. d. d. Z.

An- u. Verkäufe

Hausgrundstück gut verzinslich, infolge Todesfall billig **zu verkaufen.** Off. unt. **F. 3305** a. d. Gschst. d. Z.

Stadthausgrundst.
Nähe Bydg. od. Toruń, m. gut. Wohn., gr. Obst- u. Gemüsegart. u. einige Morg. Land, zu kaufen ges. Offert. unt. **J. 3322** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Villa
komfort., 3 Wohn., all. frei, billig zu verkauf. **Toruńska 112.** 3348

Verk. weg. Auflösung der Wirtsch. fast neuen **einsp. Arbeitswagen, ein gebr. Roßwerk** und **Häckselmaschine.** 3345
Schilling, Gorsin, bei Nakło, powiat Bydgoszcz.

Jungeber u. Sauen
w. Edelschwein 3—5 Monate alt, 7053
Zuchtbullen
aus milchreicher Herdbuchherde verkauft
Goertz,
Niem. Stwolno,
p. Sartowice Tel. 4

---

5 Stück Riesen-Bernhardiner
8 Wochen alt, v. echten Eltern abstamm., steh. zum Verkauf. 7083
H. Baumann, Förster, **W. Łunawy,** p. Chełmno

Zwei junge Hunde, Rüde u. Hündin, 4 Mon. alt, Doggenabstamm., zu Wachhunden ausgezeichnet geeignet, hat preiswert abzugeben. Offerten unter **T. 7114** an die Geschäftsst. d. Z.

60—80 weiß-amerik. Leghorn-Hennen
1931 u. 1932 Frühbrut gesucht. Auch in klein. Post. Keine Sportpreise. Offerten unter **U. 7115** an die Geschäftsst. d. Z.

---

60 Stoppelgänse
habe abzugeben. 7124
Franc. v. Kiedrowski
Besitzer
Stężyce, pow. Kartuzy, Bahnstation **Golubie.**

Stacheldrähte und Geflechte konkurrenzlos billig
Gebr. Ziegler, Nakło.
Telefon 72. 6904

7059 **Schulbücher**
Verkauf, Umtausch und Einkauf am vorteilhaftesten in d. Buchhandlg. an d. **ul. Śniadeckich 50,** Ecke Plac Piastowski.

Kurze und lange **Stiefel**
sämtl. Schuhw. bed. billiger
Jezuicka 10, gegr. 1894
3331

Zu kaufen gesucht ein Kollergang
gut erhalten f. Ziegelei als „Gelegenheitskauf". Offerten unter **B. 7128** an die Geschst. d. Zeitg.

Modernes, neueres
Hausgrundstück

im Zentrum der Stadt, möglichst mit Garten, zu kaufen gesucht. Vermittelung kommt nicht in Frage. Gefl. Offerten unter **T. 3364** an die Geschäftsstelle der „Deutschen Rundschau".

Saatweizen

Rimpaus Bastard, Original und Carstens Dickkopf
1. anerk. Absaat, **gibt ab**
Meyer, Rottmannsdorf b. Praust
7051 Freist. Danzig

Trock. Zittauer Speisezwiebeln
mittelgroß, Exportware, **gibt** in großen und kleinen Posten **ab,** 50 kg incl. Sack 10 zł, gegen Nachnahme. **Heinrich Tiahrt, Rozgarty,** poczta Rudnik, powiat Chełmno. 6794

Butterfertiger
für Kraftantrieb, Fabrikat **Roth,** billig zu verkaufen. **Otto Bahlmann,** **Danzig,** 7087
Milchkannengasse 18.

Wasserpumpe
gebraucht oder neu, doppelwirkend, mögl. stehender Anordnung, entweder 4-6 cbm oder 12-15 cbm stündlicher Leistung, sof. **zu kaufen gesucht.** Off. unt. **Z. 7132** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Pachtungen

Zu verpacht. sofort od. 1. Oktober 3299
18 Morgen Land
(davon 10 Morg. gute Netzewiese, 8 Morgen Land), m. tot. Inventar u. voller Ernte. Erfordl. 2—3000 zł. Zu erfrag. b. **M. Ziejak, Bydgoszcz 5 ul. Włościańska 2.**

Lagerräume m. Bahnanschl., evtl. a. d. Brahe geleg., suche zu pachten. Ausf. Offert. u. **N. 3340** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Wohnungen

Wohnung
von 5 Zimmern sucht **Pfr. Wurmbach,** ul. Dworcowa 67. 3358

Stube und Küche von Pensionswitwe im ruhig. Hause v. gleich oder später z. mieten gesucht. Off. u. **R. 3357** a. d. G. d. Z.

Zu vermieten 2 Läden mit Zubeh., 1 Zimmer (Hof, für eine Person). Meld. **Sienkiewicza 36,** Wohn. 3. 3351

Möbl. Zimmer

Freundlich., möbliert. geräumiges **Vorderzimm.** m. elektr. Licht zu verm. 3350 **Gdańska 89, Whg. 4.**

Gut möbl. Zimmer
sofort zu vermieten. **Chrobrego 23, W. 7.** 3293

---

2 gut möbl. Zimmer
auch an Ehepaar abzugeben. 3355
Św. Trójcy 35, W. 5.

Habe ein gut **möbliert. Zimmer** z. verm. Bad vorhanden. **Pietsch,** **Król. Jadwigi 19.** 3360

Gut möbl. Zimmer mit separat. Eing. zu verm. **Wileńska 5,** 1 Tr. 3343

Möbl. Wohn- und Schlafzimmer
Zentr., Nähe Bahnhof, ab 1. Okt. 1932 **gesucht.** Ang. m. Preis u. **P. 3356** a. d. Geschst. d. Ztg. erb.

Möbl. Zimm. evtl. mit Küchenben. zu vermiet. **Nowy Rynek 6,** Wohn. 4.

Gut möbl. Zimmer, Schreibtisch, 3343
20 stycznia 10, Wg. 5.

Pensionen

Schüler a. Geschwister f. sorgfältige **Pension**
Berta Paniegrau,
Chrobrego 3, W. 4. 3284

---

2 Schüler od. Schülerinn. evtl. e. Geschw.-Paar f. 1. 9. gt. sorgf. **Pens.** b. Fr. **M. Meyer,** fr. Kgl. Dom.-Pch. **Paderewskgo. 10,** p. r.
3264

In meiner **Pension** find. **Schüler** gute Aufnahme. Fräul. **Schwarz, Chrobrego 10.**
3334

2. Blatt. **Deutsche Rundschau.** Nr. 198.

Bromberg, Mittwoch den 31. August 1932.

Pommerellen.

30. August.

Graudenz (Grudziądz).

× **Submission.** Der Magistrat der Stadt Graudenz hat die Ausbesserung der Kessel usw. der Zentralheizung in der Maschinenbauschule und dem Mathematisch-naturwissenschaftlichen Gymnasium, sowie die Installierung einer kleinen Heizanlage im städtischen Schlachthause zu vergeben. Kostenanschläge sind gegen eine Gebühr von 3 Złoty im städtischen Bauamt zu erhalten. Ebendorthin sind die ausgefüllten Kostenanschläge bis zum 3. September d. J., vormittags 10 Uhr, einzureichen. *

× **Ihr traditionelles alljährliches Gartenfest** bei Bodammer in Hilmarsdorf (Zajączkowo) feierte die Deutsche Bühne diesmal am letzten Sonntag nachmittag. Diese Veranstaltung gab insbesondere der deutschen Landbevölkerung der gesegneten Niederungsgegend erwünschte Gelegenheit, zugleich mit ihren Landsleuten aus der Stadt einige Stunden in fröhlichem Beisammensein zu verbringen. Damit auch die Jugend zu ihrem Recht kam, hatte die Bühnenleitung eine Anzahl hübscher Kinderbelustigungen vorgesehen. Geldpreisschießen für Herren und Damen, sowie Preiskegeln fanden nicht minder ihre Liebhaber. Schließlich bildete der Tanz den Abschluß der schönen Veranstaltung. *

× **Neupflasterungsarbeiten** finden zurzeit auf der Chaussee nach Neuenburg statt, und zwar von Dragaß ab auf einer Strecke von etwa 800 Metern. Infolgedessen erfährt der Wagen- usw. Verkehr eine erhebliche Ablenkung, da die Neubaustrecke gesperrt worden ist. Sonderbarerweise hat man von einer solchen Wegesperrung aus dem Kreisblatt des Landkreises Graudenz, dessen Bewohner an einer solchen Angelegenheit doch auch stark interessiert sind, nichts erfahren. Früher pflegte eine Verkehrsänderung stets vorher bekannt gegeben zu werden. *

× **Als Täter in dem einträglichen Raubzuge** beim Gutsbesitzer Pawlitz in Niederhof (Sobotka), Kreis Graudenz, dem außer einer 100 Köpfe starken Hühnerschar eine erhebliche Zahl von Zentnern Getreide gestohlen wurde, hat die Polizei einen früher bei P. beschäftigt gewesenen Mann nebst Spießgesellen festgestellt. Der Haupttäter war seinerzeit wegen ähnlichen Vergehens ins Gefängnis gekommen. *

× **Zu einer Schlägerei kam es** in einem Hause der Scharnhorststraße (Poniatowskiego). Dorthin war eine 21jährige junge Frau zum Besuche ihrer Mutter gekommen. Zwischen ersterer und dem Sohne des Hauseigentümers entspann sich aus geringfügigem Anlaß ein Streit, der bald sehr scharfen Charakter annahm. Im Verlaufe des Zankes versetzte der junge Mann der in anderen Umständen befindlichen Frau einen derartigen Stoß, daß diese sofort ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Die Polizei hat sich der Angelegenheit angenommen. *

× **Immer wieder durchs offene Fenster.** Allen Warnungen zum Trotz halten manche Mitbürger während des nächtlichen Schlafes die Fenster geöffnet, selbst dann, wenn dort die Möglichkeit leichten Einbruchs besteht. Dies wurde in der Nacht zum Sonntag auch einem in der Börgenstraße (Sienkiewicza) 27 wohnhaften Beamten Strzeżewski zum Verhängnis. Während er selig in Morpheus' Armen ruhte, stieg ein Einbrecher über den Balkon ins Zimmer und stahl Sachen im Werte von 650 Złoty. *

× **Die ganz „bescheidene“ Anzahl von — dreizehn Langfingern** führte der Montagpolizeibericht als festgenommen an; außerdem drei Trunkene und zwei Landstreicher. — Mittels Einbruches sind nachts bei Stanislaw Karcz, Kasernenstraße (Koszarowa) 15, Spirituosen, Zigaretten im Werte von etwa 650 Złoty, sowie 50 Złoty Bargeld entwendet worden. *

Thorn (Toruń).

Zur Verlegung der Danziger Eisenbahndirektion

Aus Warschau wird gemeldet, daß sich am 26. d. Mts. der Vizeminister im Verkehrsministerium, Ingenieur Gallot, nach Thorn begeben hat. Sein dortiger Aufenthalt steht im Zusammenhange mit der Verlegung der polnischen Eisenbahndirektion aus Danzig nach Thorn. Vizeminister Gallot soll an Ort und Stelle die Reihenfolge der Arbeiten bestimmen, die im Zusammenhange mit der Verlegung der Direktion und seiner Bureaus in den neuen vom Verkehrsministerium gekauften Gebäude zu leisten sind. Von Thorn wird sich der Vizeminister, dem „Ilustrowany Kurjer Codzienny“ zufolge nach Aleksandrowo begeben, um dort die Wohnungsmöglichkeiten für die Beamten der Eisenbahndirektion zu prüfen, da ein Teil der Beamten der Thorner Direktion ständig dort Wohnung nehmen wird.

---

v. **Der Wasserstand der Weichsel** erfuhr gegen den Vortag eine weitere Abnahme um 8 Zentimeter und betrug Montag früh bei Thorn 0,83 Meter über Normal. — Der Dampfer „Mickiewicz“ fuhr nach Warschau ab. Die Dampfer „Goniec“ und „Eleonora“ passierten die Stadt auf der Fahrt von Warschau nach Dirschau bezw. Danzig, die Dampfer „Kaniowski“ und „Krakus“ auf der Fahrt von Dirschau bezw. Danzig nach Warschau. * *

v. **Straßenunfall.** In der Uferstraße (ul. Nadbrzeżna) brachte ein rücksichtsloser Radfahrer ein etwa 8jähriges Mädchen zu Fall. Das Kind erlitt leichte Verletzungen. * *

v. **Der Banditenüberfall in Gdingen vor dem Appellationsgericht.** Im Dezember 1930 wurde in Gdingen ein verwegener Überfall auf den Inkassenten des Spiritus-Monopols, Andrzejewski, verübt, wobei die Täter die Geldtasche mit 7000 Złoty Inhalt erbeuteten. Wegen dieser Tat fand im Februar d. J. eine Verhandlung vor dem Bezirksgericht in Neustadt statt, welches Krawczyński zu 7 Jahren Zuchthaus, den Postbeamten Leon Zawadzki zu 6 Jahren Zuchthaus und Jan Piłat zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilte. Infolge der eingelegten Berufung fand am Freitag eine nochmalige Verhandlung vor dem Thorner Appellationsgericht als Revisionsinstanz statt, die mit der Bestätigung des Urteils der ersten Instanz endigte. * *

v. **Wilddieb schießt auf einen Förster.** Das Thorner Appellationsgericht als Berufungsinstanz verhandelte gegen den Wilddieb Piotrkowski aus Galaczewo, den das Bezirksgericht wegen versuchter Tötung zu 1 Jahr Zuchthaus verurteilt hatte. Der Angeklagte gab, als er von den Förstern Plita und Zagórski verfolgt wurde, aus einer Doppelflinte einen Schuß auf Plita ab, wobei diesem ein Auge ausgeschossen wurde. Da der Angeklagte Epileptiker ist, so legte der Verteidiger des Angeklagten Berufung ein. Nach durchgeführter Verhandlung hob das Appellationsgericht das erstinstanzliche Urteil auf und verurteilte den Angeklagten auf Grund der ärztlichen Gutachten zu nur 6 Monaten Gefängnis. * *

v. **Die Leiche** eines neugeborenen Kindes männlichen Geschlechts wurde Freitag nachmittag beim Thorner Holzhafen (Port Drzewny) von badenden Schülern aus der Weichsel gezogen. Eine polizeiliche Untersuchung ist im Gange.

v. **In den Kellerschacht gestürzt.** Jakob Borycki, wohnhaft Neustädtischer Markt (Nowy Rynek) 4, meldete der Polizei, daß sein vierjähriger Sohn in den unbedeckten Kellerschacht des Hauses ul. Most Pauliński 2 fiel, wobei er sich Verletzungen am Kopf zuzog. * *

v. **Zechprellerei.** In der Restauration von Ksawer Maliszewski, Altstädt. Markt (Stary Rynek) 11, erschien ein dreiblättriges Kleeblatt und bestellte Mittag und Getränke. Als es zur Bezahlung der Rechnung in Höhe von 10 Złoty kam, gaben die „gerngesehenen“ Gäste Fersengeld. Dieselben Personen schädigten die Grzeskowiaksche Restauration in der gleichen Weise um 38 Złoty. Die Polizei ist bemüht, die geriebenen Zechpreller ausfindig zu machen. * *

v. **Handtaschendiebstahl im Stadtpark.** Ein unbekannter Täter entwendete einer weiblichen Person aus Thorn die Handtasche mit Geld und Personalpapieren, die sie neben sich auf eine Bank im Stadtpark gelegt hatte. * *

v. **Auf frischer Tat ertappt** wurde am Sonntag auf der Bazarkämpe ein Mann in dem Augenblick, als er einer badenden Dame die Handtasche zu entwenden versuchte. * *

Die Typhusepidemie im Kreise Strasburg

y. Strasburg (Brodnica), 28. August. Die Unterleibstyphus-Erkrankungen greifen trotz aller Vorsichtsmaßregeln immer weiter um sich. Auch aus den Dörfern Hermannsruhe, Buchenhagen und Wrotzk sind jetzt Erkrankungen gemeldet worden. Am schlimmsten von der Krankheit heimgesucht ist das Dorf Nieżywięć, wo bisher 6 Todesfälle und über 70 Erkrankungen zu verzeichnen sind. Ein Arzt und mehrere Krankenschwestern sind ständig im Dorfe. Die dortige Schule ist als Lazarett für die Leichtkranken eingerichtet worden. Es befinden sich dort 27 Personen. Die übrigen Schwerkranken wurden ins Strasburger Kreiskrankenhaus teils per Bahn teils per Fuhrwerk eingeliefert. Nach den bisherigen Nachforschungen soll die Krankheit durch Unsauberkeit in einer Molkerei entstanden sein. Trotz des Verbots weiterer Milchabnahme in der Molkerei wurde von dem Eigentümer weiterhin Milch entgegengenommen und zu Butter verarbeitet. Darauf soll zurückzuführen sein, daß die Krankheit so schnell um sich greifen konnte. Der Molkereibesitzer wurde verhaftet, mußte aber wegen Erkrankung ins Lazarett eingeliefert werden.

---

m **Dirschau** (Tczew), 29. August. Die Leiche des ertrunkenen Eisenbahners Langowski von hier wurde in Einlage ans Ufer gespült. — Beim Baden in Erstickungsgefahr geriet in der Nähe von Zeisgendorf eine weibliche Person von hier. Die sich am Ufer befindlichen Lehrer Blichewicz und Kuhnert gewahrten die Unglückliche und unter Einsetzung ihres eigenen Lebens gelang es, die bereits Bewußtlose ans Ufer zu bringen. Die Wiederbelebungsversuche waren von Erfolg gekrönt. — Bis Sonnabend, den 3. September, ist des Nachts die Löwen-Apotheke an der Langestraße geöffnet.

d **Gdingen** (Gdynia), 29. August. Infolge Genusses von giftigen Pilzen erkrankte in Witomin die Familie Mielczarek, beide Eltern und die 9jährige Tochter. In hoffnungslosem Zustande wurden sie ins hiesige Krankenhaus gebracht, wo die Tochter in kurzer Zeit starb. Die Eltern hofft man, am Leben erhalten zu können. — Ertrunken ist bei einer Segelfahrt mit einem Fischkutter der Buchhalter Theophil Wilma von hier. Er stand am Rande des Bootes, verlor das Gleichgewicht und stürzte ins Wasser. Trotz sofortiger Hilfe konnte er nicht mehr lebend geborgen werden. — Eine raffinierte Diebin konnte gestern die Polizei in der Person der 39jährigen K. Bacik von hier fassen. Schon seit längerer Zeit bestahl sie in den hiesigen Kirchen betende Frauen, denen sie auf geschickte Weise die Handtaschen stahl. Bei der Haussuchung fand man bei ihr noch 8 Damenhandtaschen. — Eine männliche Leiche bemerkten Insassen eines Bootes nahe bei Gdingen. Die Polizei ordnete die Bergung der Leiche an, deren Identität nicht festgestellt werden konnte.

d. **Heisternest** (Jastarnia), 29. August. Ein umgestürztes Boot fanden gestern Fischer, in dem verschiedene Kleidungsstücke gefunden wurden. Die polizeilichen Ermittelungen ergaben, daß mit dem Boote die Studenten J. Stolzmann und J. Gaspary den Hafen in der Richtung Gdingen verließen und dann auf hoher See aus unbekannten Gründen ertrunken sind. Heute fanden Fischer beim Flunderfang die Leiche des Stolzmann. — Schwer bestohlen wurde die Musikkapelle im Lokal „Polonia“. Unbekannte Täter stahlen Musikinstrumente im Werte von 2000 Złoty. Von den Dieben fehlt jede Spur.

ch **Konitz** (Chojnice), 29. August. Auf dem letzten Wochenmarkt brachte Butter 1,40—1,70, Eier 1,20 bis 1,30. — Vor Gericht hatte sich der Chauffeur Jan Winklarz zu verantworten, der im April d. J. an der Ecke Danzigerstraße-Rähme einen Autozusammenstoß herbeigeführt hat, wobei der Grenzbeamte Galinski am Kopfe erheblich verletzt wurde. Da die Verhandlung kein klares Bild brachte, fand an der Unglücksstelle ein Lokaltermin statt. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu drei Monaten Gefängnis mit einem Jahr Bewährungsfrist.

Neuenburg (Nowe), 29. August. Während des letzten Vieh-, Pferde- und Krammarktes war der Auftrieb sehr reichlich. Gute Pferde wurden mit 400—700, gute Arbeitspferde mit 200—400 Złoty und schlechtere Qualitäten mit 100—200 Złoty gehandelt. Von Rindvieh fehlten gute Milchkühe ganz, mittlere Qualitäten standen mit 150—250, schlechtere Tiere 60—150, Jungvieh mit 50—120 Złoty im Preise. Abschlüsse kamen jedoch wegen Geldmangels im allgemeinen nur wenige zustande. Der gleichzeitige Krammarkt war mit den verschiedensten Angeboten lebhaft beschickt. Die Umsätze schienen hier im allgemeinen etwas günstiger zu sein als an vorherigen Märkten, jedoch nur in Bekleidungsartikeln, Stoffen, Schuhwaren und landwirtschaftlichen Bedarfsgegenständen wie Holzschaufeln, Siebwaren usw.

a. **Schwetz** (Świecie), 29. August. Ein schwerer Unfall ereignete sich am Sonnabend in der Mickiewiczastraße. Der Kutscher des hiesigen Kohlenhändlers Werner fuhr einen Wagen mit Brettern die Straße entlang. Als ein Brett ins Rutschen kam, schlug dieses einem Pferde gegen den Fuß. Das Gespann ging durch, der Kutscher fiel vom Wagen, verwickelte sich in der Leine und wurde in rasendem Tempo mitgeschleift. An einer Straßenecke gelang es Leuten, das Gespann anzuhalten und den Mann aus seiner gefährlichen Lage zu befreien. Der Kutscher hat schwere Verletzungen erlitten. — Der Sonnabend-Wochenmarkt war äußerst stark beliefert und gut besucht. Der Preis für Butter schwankte zwischen 1,30—1,50 pro Pfund, für Eier 1,10—1,20 pro Mandel.

* **Schirotzken,** 28. August. Die hiesige evangelische Kirchengemeinde feierte kürzlich ihr diesjähriges Missionsfest mit einem Festgottesdienst in der Kirche und einer Nachfeier im Lowinneker Wäldchen. Die Festpredigt hielt der Vorsitzende des Landesverbandes für äußere Mission, Superintendent Diestelkamp, der auch während der Nachfeier die Herzen für die Mission warm machte. — Das Herrmann Jaeschkesche Ehepaar aus Schwekatowo konnte am Sonntag, dem 21. August, das Fest der Goldenen Hochzeit feiern. Im Anschluß an den Gottesdienst wurde das Jubelpaar in der Kirche eingesegnet. Der Jubelbräutigam steht im 86. und die Jubelbraut im 77. Lebensjahre.

Regierungsmaßnahmen zum Schutze der Landwirtschaft.

Verordnungen zur Beseitigung der Zahlungsschwierigkeiten.

Das Problem der katastrophalen Schwierigkeiten der Landwirtschaft Polens ist durch seine jetzt amtlich bekanntgegebenen Lösungsversuche ein Stück weiter gebracht worden. Nach den letzten Verordnungen, die vor Monaten manche allerdings äußerst eng gehaltene Erleichterung in landwirtschaftlichen Steuerfragen, wie Stundung, teilweise Kürzung, neue Ratenverteilung usw. brachten, sind jetzt im „Dziennik Ustaw“ Nr. 72 vom 26. August einige Verordnungen des Staatspräsidenten erschienen, die als Ergebnis der Arbeiten der Regierung an den Lösungsversuchen der landwirtschaftlichen Notlage Polens anzusehen sind. Alle bis dahin von der Regierung getroffenen Maßnahmen trugen zeitlich einen begrenzten Charakter, so z. B. das Verbot der Pfändung auf dem Halme. Erst die jetzt veröffentlichten Verordnungen tragen alle Kennzeichen eines Planes, der schrittweise einen Wiederaufbau der vielfach „abgewirtschafteten“ Landwirtschaft vorbereiten soll. In diesem Sinne sind die jetzt in Kraft gesetzten Maßnahmen nur als **erste Stufe eines gesamten Wirtschaftsplanes** anzusehen, der hoffentlich vorhanden ist, um die Landwirtschaft Polens, die hauptsächlichste Quelle des Volkseinkommens Polens, aus dem Stadium der Rekonvaleszenz in das der vollständigen Heilung hinüberzubringen.

Die Regierung müßte die landwirtschaftlichen Preisverhältnisse, die Exportlage, die Dürftigkeit unserer augenblicklichen Kreditverhältnisse auf inländischem Geld- und Kapitalmarkt vor Augen halten, um einen Hilfsplan für die Landwirtschaft zu schaffen, der gleichzeitig nicht die Interessen der Gläubiger schädigte. Ob dies zur Zufriedenheit beider Teile ausgefallen ist, wird erst die Praxis erweisen. Schon jetzt kann jedoch gesagt werden, **daß ein wirkliches Entschuldungsverfahren keineswegs eingeleitet worden ist,** man hat vielmehr den Versuch gemacht, das gesamte landwirtschaftliche Lasten- und Schuldenproblem durch Zahlungsaufschub, Vergleichsverfahren (soweit es nicht die Verpflichtungen gegenüber den staatlichen Kreditinstitutionen betrifft), durch Bildung von Schlichtungsämtern usw. in veränderte wirtschaftliche Formen zu bringen. Man will den Verfall und den Zusammenbruch zahlloser landwirtschaftlicher Betriebe aufhalten, man will Zeit gewinnen in der Annahme, daß in einem, vielleicht aber in zwei oder in drei Jahren die Preisverhältnisse sich sehr gebessert haben, und dadurch die Betriebe ihre alte Zahlkraft wiedergewinnen werden. Also — der Glaube an die Preise als Heilmittel für die Landwirtschaft! Von einer grundlegenden Reform der sozialen und Steuergesetzgebung ist aber keine Rede!

Im Handelsteil unseres Blattes Nr. 170 vom 28. Juli d. J. haben wir die Maßnahmen der Regierung besprochen, die jetzt amtlich bekanntgegeben wurden. Die wichtigste aller Maßnahmen liegt in der Verordnung, die eine Verhütung der Folgen der Zahlungsschwierigkeiten in der Landwirtschaft bezweckt. Sie will dies durch zwei Möglichkeiten erreichen: entweder durch einen **gerichtlich gewährten Zahlungsaufschub oder durch ein Vergleichsverfahren.**

Der erste Teil der Verordnung beschäftigt sich mit den Bedingungen, unter welchen den landwirtschaftlichen Betrieben ein

Zahlungsaufschub

gewährt werden kann. Als „landwirtschaftlichen Betrieb“ sieht die Verordnung jede Land-, Wald-, Garten-, Zucht- und Teich-(Fisch-)Wirtschaft, sowie alle Industriewerke und Werkstätten an, die mit dem landwirtschaftlichen Betriebe zusammenhängen. Als Landwirte gelten ihre Eigentümer, Nutznießer oder Pächter. Alle im Handelsregister infolge Besitzes von Industrie- oder Handelsunternehmen eingetragenen Landwirte unterliegen nicht den Bestimmungen dieser Verordnung.

Zahlungsaufschub kann einem Landwirte gewährt werden,

sofern er ein genügendes Vermögen zur vollständigen Befriedigung seiner Gläubiger besitzt und der infolge besonderer von ihm unabhängiger Umstände die Zahlungen zeitweilig eingestellt hat oder in nächster Zukunft die zeitweilige Zahlungseinstellung vorsieht.

Die „besonderen Umstände“ sieht die Verordnung in **erster Linie in den Zahlungsschwierigkeiten, die sich aus der allgemeinen schweren Wirtschaftslage in der Landwirtschaft ergeben.** Den Antrag um Gewährung des Zahlungsaufschubes kann sowohl der Schuldner wie der Gläubiger stellen, sofern er die berechtigten Interessen in der Fortführung des landwirtschaftlichen Betriebes durch den Schuldner nachweist. Den Aufschub gewährt das Bezirks- oder Burggericht, in welchem ein zum Betriebe gehöriges Grundstück hypothekarisch eingetragen ist. Die Verordnung nennt im einzelnen die formellen Bedingungen, unter welchen ein Antrag gestellt werden kann und welche notwendigen Unterlagen beigefügt werden müssen. Besitzt der landwirtschaftliche Betrieb nur eine Flächengröße bis zu 50 Hektar, dann kann der Antrag um Zahlungsaufschub zu Protokoll genommen werden, der Schuldner gibt in diesem Falle sofort alle erforderlichen Auskünfte zu Protokoll. Das Gericht muß einen Termin spätestens innerhalb eines Monats zur Prüfung bestimmen. Die Bekanntgabe des Termins hat wenigstens eine Woche vorher im Gericht und in den Gemeindeämtern zu erfolgen. Bei Betrieben über 50 Hektar erfolgt die Bekanntgabe außerdem noch im „Monitor Polski“.

Das Gericht kann vor dem Termin die ihm notwendig scheinenden Auskünfte über den Wirtschaftsstand des Schuldners einziehen. Es fordert die Auskunft bei den Landwirtschaftskammern oder bei landwirtschaftlichen Organisationen oder aber bei anderen entsprechenden Organisationen an. In dem vom Gericht bestimmten Termin hört das Gericht in nichtöffentlicher Sitzung den Antragsteller an und fällt die Entscheidung.

Das Gericht gewährt den Zahlungsaufschub nach freier Beurteilung aller mitsprechenden Umstände, sofern es die Überzeugung gewinnt, daß ein Zahlungsaufschub die Interessen der Gläubiger nicht übermäßig schädigt.

Daß ein Zahlungsaufschub in seltenen und besonders „berechtigten“ Fällen gewährt werden soll, dafür spricht allein die Tatsache, daß die Verordnung die Mahnung an die Gerichte erhält, „ihre Autorität **mit großer Umsicht auszuüben**“ (Art. 15). Eine für eine Verordnung immerhin beachtenswerte Erscheinung.

Der Zahlungsaufschub wird nicht gewährt, wenn die Zahlungsschwierigkeiten **die Folgen** einer strafbaren Handlung sind, wenn die Aufrechterhaltung des Betriebes infolge ungenügenden Vermögens unmöglich ist, wenn aus anderen Gründen (verschwenderisches Leben, Leichtsinn usw.) der Antrag keine Berücksichtigung verdient.

Der Zahlungsaufschub erstreckt sich nicht: a) auf Verpflichtungen, die nach dem Verzicht auf den Zahlungsaufschub entstanden sind, b) auf die Kosten des Verhütungsverfahrens, c) auf die staatlichen und kommunalen Steuern (die Gerichtskosten nicht ausgeschlossen), d) auf Verpflichtungen, die aus einem Arbeitsvertrag hervorgehen, e) für die laufenden sozialen und Versicherungsverpflichtungen, f) auf Alimente, g) auf Zahlungen, die durch ein bewegliches Pfand gesichert sind (insbesondere landwirtschaftliche und Holzlombards), h) auf die fälligen Rentenzahlungen für die von den staatlichen kurzfristigen Kreditinstituten gewährten Anleihen, i) auf Zinszahlungen, sofern ihre Höhe nicht die jeweils geltende Diskontrate der Bank Polski übersteigt und sofern die Verpflichtungen durch das Grundstück gesichert sind, j) auf die nach dem 1. Dezember 1931 entstandenen Verpflichtungen für den landwirtschaftlichen Betrieb aufgenommenen Waren, k) auf die laufenden Pachtzahlungen.

Die Forderungen des Staates und der staatlichen Institutionen haben also gegenüber den Forderungen der Privatgläubiger ein bestimmtes Vorrecht.

Und da bekanntlich die Verpflichtungen nach dieser Richtung hin besonders groß sind, muß der Erfolg eines solchen Zahlungsaufschubes, der mehr auf Kosten des Privatgläubigers geht, stark beeinträchtigt sein — zum Schaden des schwer getroffenen Landwirtes.

Die Verordnung befaßt sich dann eingehend mit der Einsetzung und den Befugnissen des gerichtlichen Verwalters, der in den meisten Fällen der Schuldner selbst sein kann, und regelt im Einzelnen die gerichtliche Aufsicht. In der Zeit des währenden Zahlungsaufschubes gelten die Bestimmungen über die Zwangsvollstreckung, es darf ferner keine hypothekarische Eintragung erfolgen. **Der Zahlungsaufschub erstreckt sich nicht auf die Mitschuldner und Bürgschaften.** (Wenn aber der Bürge ein in Zahlungsschwierigkeiten geratener Landwirt ist?)

Vor Ablauf von 12 Monaten und Gewährung des gerichtlichen Zahlungsaufschubes muß der Schuldner, der die Unmöglichkeit einer Befriedigung seiner Gläubiger erkennt, den Antrag zur

Eröffnung des Vergleichsverfahrens

stellen. Das Verfahren erstreckt sich nicht auf privilegierte Ansprüche und Ansprüche, die durch ein Pfand vertraglich sichergestellt sind. Es bezieht sich ebensowenig auf Verpflichtungen, die der Schuldner in den letzten 12 Monaten vor der Antragstellung des Zahlungsaufschubes eingegangen ist. Die formal-juristische Seite dieses Verfahrens entspricht im großen und ganzen den üblichen Bestimmungen über das Vergleichsverfahren. Beachtenswert ist lediglich die Bestimmung, daß das Gericht sofort den Zahlungsaufschub aufheben und das Verhütungsverfahren niederschlagen kann, wenn der Schuldner die in der Gläubigerversammlung gestellten Bedingungen nicht annimmt, während sein Vermögensstand ihre Annahme durchaus gestattet.

Nicht unbeachtet darf der Art. 76 bleiben, der wörtlich folgendes besagt:

Im Falle einer vollständigen Liquidierung des Vermögens durch einen Verkauf im Ganzen entscheidet das Ministerium für Landwirtschaft und Agrarreform, ob beim Käufer die persönlichen Qualifikationen Anwendung finden sollen, die von den Landämtern (Urzędy Ziemski) bei Gewährung von Erlaubnissen zur ungeteilten Übertragung von Landeigentum gefordert werden. Der Minister für Landwirtschaft und Agrarreform ist befugt, seine Rechte auf die Bezirks- oder Kreislandämter zu übertragen.

Wir wollen dem Laufe der Entwicklung nicht vorgreifen, die sich aus der Anwendung dieser Bestimmung ergeben wird. Legt man jedoch die Erfahrungen der letzten Jahre zugrunde, so darf man mit Sicherheit sagen, daß die Auslegung dieser dehnbaren Bestimmung den Behörden nicht zuletzt ein politisches Machtmittel in die Hand gibt, das sicherlich recht einseitig angewendet werden kann.

Von den übrigen Bestimmungen dieser Verordnung wäre noch zu erwähnen, daß das Gericht die Bestätigung des Verhütungsverfahrens unter besonderen Bedingungen verweigern kann. Sowohl dem Schuldner wie den Gläubigern steht auf dieses Urteil die Berufungsklage zu. Das Urteil der zweiten Instanz ist ebenso wie beim gerichtlichen Zahlungsaufschub endgültig. Die beglaubigte Abschrift des Urteils, welches das Verhütungsverfahren bestätigt, kann im Zusammenhang mit der beglaubigten Abschrift der Gläubigerliste als Zwangsvollstreckungstitel gelten, der sich auf die endgültig festgelegten Gläubigerschaften bezieht. Das Verhütungsverfahren verpflichtet alle auf der Liste stehenden und nicht stehenden Gläubiger.

Teil III und IV dieser Verordnung befassen sich mit den Kosten des Verfahrens und mit den Strafbestimmungen.

Die Verordnung wird dem Justizministerium in Übereinstimmung mit dem Minister für Landwirtschaft und Agrarreform zur Ausführung überwiesen. Die Verordnung ist mit dem Tage der Veröffentlichung, d. h. mit dem 26. August d. J. in Kraft getreten.

Eine weitere Verordnung, die als Ergänzung der Hilfsmaßnahmen der Regierung für die Landwirtschaft zu gelten hat, ist die Verordnung über die

Bildung von Schlichtungsämtern

für Kreditfragen des kleinen landwirtschaftlichen Grundbesitzes. Es werden dieser Verordnung zufolge Schlichtungsämter ins Leben gerufen, die bezüglich der Kreditfähigkeit und der Wirtschaftsmöglichkeiten des Schuldners zu bestimmen haben: die Termine und Bedingungen der Rückzahlung der Geldschulden derjenigen Personen, deren Hauptberuf die Führung einer Landwirtschaft von höchstens 50 Hektar ist. Ferner die Grenzen der vermögensrechtlichen Nutznießung, die von einer solchen Schuld in Form von Zinsen oder anderen Leistungen genommen werden können. Der Tätigkeitsbereich der Schlichtungsämter erstreckt sich auf den ganzen Kreis. Die Kosten, die mit der Bildung und Erhaltung dieses Amtes in Zusammenhang stehen, trägt der kommunale Kreisverband. Der Vorsitzende des Schlichtungsamtes wird vom Präsidenten des Bezirksgerichts berufen und abgesetzt. Die Hälfte der Mitglieder muß sich aus Personen zusammensetzen, die im Bereich des kommunalen Kreisverbandes wohnen und deren Hauptberuf die Führung einer Landwirtschaft ist. Die andere Hälfte muß aus Personen bestehen, die den gewerblichen Handels- oder freien Berufen angehören. Die Mitglieder des Schlichtungsamtes haben Anspruch auf Rückerstattung ihrer ihnen entstandenen Kosten. Das Schlichtungsamt handelt auf Antrag einer oder beider Seiten. Das Schlichtungsamt hat die Verhandlung möglichst innerhalb von acht Tagen nach Einreichung des Antrages durchzuführen. Die aufgeforderten Parteien sind verpflichtet, persönlich zu erscheinen oder einen Bevollmächtigten zu entsenden. Das Schlichtungsamt entscheidet mit Stimmenmehrheit bei einer Zusammensetzung von drei Mitgliedern. Die Verhandlungen werden mündlich und öffentlich geführt, sie sind jedoch geheim, sofern dies beide Parteien fordern, oder auf Antrag einer Partei, sofern Dinge zur Sprache kommen, die zum Berufs- oder Lebensgeheimnis der Person gehören.

Das Schlichtungsamt kann die Rückzahlungstermine festlegen und die Vermögensrechte bestimmen, die der Gläubiger in Zukunft erheben darf. Diese vermögensrechtlichen Ansprüche dürfen jedoch nicht niedriger als die Zinsrate sein, die der Finanzminister in einer besonderen Verordnung festlegen wird. Bis zur Veröffentlichung dieser Verordnung darf das Schlichtungsamt den Zinsfuß auf 9 Prozent ermäßigen. Die Entscheidung des Schlichtungsamtes ist beiden Parteien schriftlich zuzustellen. Wenn beide Parteien sich mit der Entscheidung des Schiedsamtes einverstanden erklären, und ihre Unterschriften niederlegen, wird die Entscheidung rechtskräftig. Den Parteien steht die Klage beim Burggericht innerhalb eines Monats nach Empfang der Entscheidung zu. Die rechtskräftige Entscheidung des Schiedsamtes ist gleichbedeutend mit einem Gerichtsurteil. Die interessierte Partei trägt die Kosten des Verfahrens und die besonderen Gebühren für den kommunalen Kreisverband. Die Bestimmungen der Verordnung haben keine Anwendung, wenn folgende Institute Gläubiger sind: der Staatsschatz, die territorialen und wirtschaftlichen Selbstverwaltungsverbände, staatliche und kommunale Betriebe und Institutionen, soziale Versicherungsinstitute, kurzfristige Kreditinstitute, Banken, die kommunale Sparkasse, die Gemeinde-Darlehns-Sparkasse, und die einem anerkannten Revisionsverbande angegliederte Kreditgenossenschaft. Die Verordnung tritt am 1. September in Kraft.

Der Zweck dieser Verordnung scheint in erster Linie darin zu liegen, die ordentlichen Gerichte zu entlasten. Ein Vorrecht genießt in der vorangegangenen Verordnung wieder der Staat und seine Einrichtungen.

Die dritte Verordnung

befaßt sich als Teil der Regierungsmaßnahmen zur Entlastung der Landwirtschaft mit der Absonderung (Segregation) der Immobilien-Schulden der parzellierten Landwirtschaften. Die Rückzahlung von untragbaren Verpflichtungen ist hier Gegenstand der Maßnahmen, die die Regierung für die parzellierten Betriebe getroffen hat. Die Verordnung sieht eine freiwillige und zwangsweise Schuldenabsonderung (Segregation) vor und regelt im einzelnen die Art ihrer Durchführung. Auch diese Verordnung ist mit dem 26. August d. J. in Kraft getreten.

Die letzte Verordnung,

die im gleichen Gesetz veröffentlicht ist, und die mit den Gesamtmaßnahmen der Regierung für die Landwirtschaft in Verbindung steht, besteht in einer Änderung der bisherigen Bestimmungen über den landwirtschaftlichen Lombard. Die hauptsächlichste Änderung besteht darin, daß das Lombard-Recht lediglich den staatlichen Kreditinstituten und den Instituten zusteht, die der Finanzminister bezeichnet. Der lombardierte Gegenstand unterliegt nicht der Pfändung im Zwangsvollstreckungsverfahren und kann nicht in die Konkursmasse einbezogen werden. Die Verordnung sieht neue Strafen für eine böswillige, absichtliche nochmalige Verpfändung, Beseitigung oder Vernichtung des Gegenstandes vor. Diese Verordnung tritt am 2. September d. J. in Kraft.

Rundfunk-Programm.

Donnerstag, den 1. September.

Königswusterhausen.

06.20: Von Leipzig: Konzert. 10.10—10.35: Schulfunk. Was hat die alte Schnitgerorgel in der Eosanderkapelle des Charlottenburger Schlosses uns heute zu sagen. 12.00: Wetter. Anschl.: Klassisches und modernes Orchesterkonzert (Schallplatten). 14.00: Von Berlin: Schallplatten. 15.00: Musikalische Kinderstunde. 15.45: Frauenstunde. Stud.-Direktor Dr. Hennig: Pilze, das Fleisch des Waldes. 16.00: Pädagogischer Funk. Rektor Oskar Noak, Halle (S.): Der Schulgarten als Grundlage des biologischen Unterrichts. 16.30: Von Berlin: Kammermusik. 17.30: Dr. Adlof Michaelis: Reste deutscher Kulturtätigkeit auf den Karolinen. 18.00: Dr. Fritz Thöne: Entwicklungsströmungen der zeitgenössischen Klaviermusik (I). 18.30: Spanisch für Fortgeschrittene. 18.55: Wetter. 19.00: Stunde des Landwirts: Dir. Tismer D. L. G.: Welchen praktischen Nutzen bieten die D. L. G.-Landarbeitsringe dem Landwirt unter Berücksichtigung der Hackfruchternte? 19.30: Dr. Rudolf Pechel: Für und Wider. Wegweiser durch die Zeit., 19.50: Von Frankfurt: **Koblenzer Abend.** 21.00: Von Langenberg: **Das deutsche Vaterunser.** 22.00: Wetter, Nachr. und Sport. Anschl. bis 24.00: Von Langenberg: Nachtmusik.

Breslau-Gleiwitz.

06.20: Von Leipzig: Konzert. 10.10: Schulfunk. 11.30 ca.: Was der Landwirt wissen muß! 11.45: Konzert. Schles. Philharmonie. 13.05 ca.: Mittagskonzert. 14.05: Mittagskonzert (Schallplatten). 13.00: Kinderfunk. 16.30: Konzert. 17.30: Das Buch des Tages. 19.00: Abendmusik (Schallplatten). 19.30: Wetter. 20.00: **Solistenkonzert.** 21.00: Von Langenberg: **Das deutsche Vaterunser.** 22.40 bis 23.40: **Mandolinenkonzert.**

Königsberg-Danzig.

06.30—08.15: Von Leipzig: Konzert. 11.30: Von Breslau: Konzert. 13.05—14.30: Mittagskonzert. 15.30: Kinderfunk. 16.00: Jugendstunde. 16.30: Nachmittagskonzert. 17.45: Bücherstunde. 18.30: Landwirtschaftsfunk. 19.00: Waldstudien. 19.25: Volkslieder von Friedrich Silcher (gest. 26. 8. 1860) nach Originalsätzen zur Gitarre gesungen von Hermann Munk, Hannover. 19.55: Wetter. 20.00: Von Langenberg: **Klassische Walzer und Märsche.** 21.00: Von Langenberg: **Das deutsche Vaterunser.** 21.55: Autorenstunde.

Warschau.

12.45 und 13.35—14.10: Schallplatten. 15.10: Schallplatten. 15.35: Schallplatten. 17.00: Solisten-Konzert., Hofmann, Sopran, und Werner, Klavier. 18.20: Tanzmusik. 20.00: Leichte Musik. Philh.-Orch. 22.00: Tanzmusik.

Die Fahrt nach Neudeck.

Bei Hindenburg liegt die Entscheidung.

Berlin, 30. August. (Eigene Meldung.) Gestern abend haben sich Reichskanzler von Papen, Reichsinnenminister Freiherr von Gayl, Reichswehrminister von Schleicher und Staatssekretär Meißner nach Neudeck begeben, um dem Reichspräsidenten von Hindenburg das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung zur Entscheidung vorzulegen. Der Reichspräsident hat dabei den Wunsch ausgesprochen, mit den genannten Herren besonders auch über die Probleme zu konferieren, die mit der Eröffnung der Parlamente im Reich und in Preußen zusammenhängen.

Die Telegraphen-Union (Hugenberg-Konzern) meldet:

Obwohl von seiten der Nationalsozialisten wie auch von seiten des Zentrums über die Verhandlungen zwischen beiden Parteien offiziell noch nichts verlautet, wird in unterrichteten Kreisen versichert, daß man sich bezüglich der allgemeinen politischen Linie grundsätzlich bereits geeinigt habe. Diese Einigung bezieht sich sowohl auf Preußen wie auch auf das Reich. Selbst in der Person eines etwaigen Kanzlers sei eine Einigung erzielt worden, die aber vorläufig noch nicht genannt wird.

Der Name Brünings wird neuerdings für das Außenministerium genannt, das ihm nach seinem Ausscheiden als Kanzler bekanntlich der Reichspräsident schon zugedacht hatt, das aber Brüning damals unter der Kanzlerschaft von Papen abgelehnt hatte.

Man spricht jetzt ernstlich von einer Kombination Schleicher—Brüning—Strasser.

Bezüglich des Reiches liegen die Dinge so, daß bekanntlich der Reichspräsident den Reichskanzler zu ernennen hat. Es würde also darauf ankommen, Reichspräsident und Reichsregierung, sobald die zwischen Nationalsozialisten und Zentrum vereinbarte Grundlinie dies eben ermöglicht, umgehend wissen zu lassen, daß der Reichstag eben doch nicht arbeitsunfähig ist, sondern daß eine Mehrheit vorhanden sei, die bereit wäre, einen durch das Vertrauen des Reichspräsidenten ernannten Kanzler parlamentarisch zu unterstützen. Es würde sich also auch in diesem Falle um keine Koalition, sondern um eine Präsidialregierung handeln.

Man scheint damit zu rechnen, daß aus einer solchen Sachlage möglicherweise Reichskanzler von Papen von sich aus die Konsequenzen ziehen würde. Im übrigen legt man offensichtlich Wert darauf, die Grundlagen für eine parlamentarische Zusammenarbeit ohne Kampfeinstellung gegenüber den tragenden Kräften der jetzigen Regierung zu schaffen.

Was Preußen angeht, so hört man, daß die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind, doch bestehe Aussicht darauf, daß man sich auf eine neutrale Persönlichkeit als Ministerpräsidenten einigen könne. Man nennt hier den Namen des Leipziger Oberbürgermeisters und früheren Preiskommissars Dr. Goerdeler — offenbar in der Hoffnung, auf diese Weise auch den Deutschnationalen entgegen zu kommen. Goerdeler gilt übrigens durchaus als ein Verfechter der Aufhebung des Dualismus zwischen Preußen und dem Reich. Der preußische Ministerpräsident könnte bei einer Neubildung des Reichskabinetts, wie sie vom Zentrum und Nationalsozialisten demzufolge angestrebt wird, als Reichsminister auch im Reichskabinett vertreten sein.

*

Die deutschnationalen **„Hamburger Nachrichten"** erhalten von ihrem Berliner Berichterstatter folgende Informationen:

Wenn auch bisher von amtlicher nationalsozialistischer oder Zentrumsseite eine Bestätigung dieser Nachricht nicht vorliegt, so nimmt man in politischen Kreisen nach allen Mitteilungen, die insbesondere aus Süddeutschland von informierter Seite kommen, an, daß die Nachricht über die Verständigung zutrifft. Ob diese Ansicht der Regierungskreise sich bestätigen wird, muß natürlich abgewartet werden. Trifft die Nachricht über eine Verständigung zu, so ergeben sich theoretisch folgende

vier Möglichkeiten:

1. Der Reichspräsident geht auf den Plan des Zentrums und der Nationalsozialisten ein, entläßt den Reichskanzler von Papen und beruft Hitler (oder Gregor Strasser) zum Chef der Reichsregierung.

2. Der Reichspräsident fällt keine Entscheidung, sondern verlangt Aufklärung darüber, wie dieses vorgeschlagene Kabinett sachlich zu arbeiten gedenkt, insbesondere welche wirtschaftspolitischen Pläne es verfolgt.

3. Der Reichspräsident lehnt das Ersuchen der genannten Parteien ab und löst den Reichstag auf, um eine Fortführung der Politik der Regierung von Papen sicherzustellen.

4. Der Reichspräsident entschließt sich, die Verhandlungen mit den Nationalsozialisten, die am 13. August gescheitert sind, wieder aufzunehmen mit dem Ziele, die Nationalsozialisten an einer Rechtsregierung maßgebend zu beteiligen.

Welche Entscheidung der Reichspräsident von diesen Möglichkeiten treffen wird, kann zur Stunde natürlich nicht gesagt werden. In politischen Kreisen glaubt man, daß eine bedingungslose Zustimmung des Reichspräsidenten zur Umbildung der Reichsregierung im Sinne der Vereinbarungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten unter keinen Umständen in Frage kommt. Besonders aber ist man davon überzeugt, daß der Reichspräsident nicht nur die Vorlegung einer neuen Kabinettsliste verlangt, sondern Aufklärung erwartet über die sachliche Politik dieser vorgeschlagenen Regierung. Bisher liegen keinerlei Mitteilungen darüber vor, daß die beiden Parteien sich über die Personenfragen hinaus auch auf ein sachliches Programm verständigt hätten.

Das Argument, daß eine parlamentarische Mehrheit für eine andere Regierung vorhanden sei, würde nach Ansicht der maßgebenden politischen Kreise für den Reichspräsidenten nicht von ausschlaggebender Bedeutung sein, da er der Auffassung ist, daß eine so zusammengesetzte Koalitionsregierung unfähig ist zu positiver sachlicher Arbeit.

Aus allen diesen Überlegungen folgert man, daß der Reichspräsident an der Regierung von Papen festhält und den Reichskanzler ermächtigen wird, den Reichstag aufzulösen, sobald im Parlament sich eine Mehrheit finden sollte, die die Fortführung der Regierungspolitik zu stören beabsichtigt.

Darüber hinaus jedoch wird von unterrichteter Seite versichert, daß der Reichspräsident und die Reichsregierung grundsätzlich trotz des Mißerfolges vom 13. August auf dem Standpunkt stehen, daß eine

Verständigung zwischen Regierung und Nationalsozialisten

nach wie vor das erstrebenswerte Ziel sei. **Man steht auch auf dem Standpunkt**, daß es leichter sein muß, eine Verständigung zwischen Nationalsozialisten und Regierung zustande zu bringen, als die Verständigung zwischen Brüning und den Nationalsozialisten. Man erinnert in diesem Zusammenhang an die bekannten Ausführungen des Reichsinnenministers von Gayl, der darauf hingewiesen hat, daß eine fruchtbringende Arbeit einer Regierung nur möglich ist, wenn sämtliche Mitglieder innerlich zusammengehören. Das ist zweifellos eher der Fall, wenn Nationalsozialisten in die Regierung Papen eintreten, als bei einer Regierungsbildung zwischen Zentrum und Nationalsozialisten.

Hinzu kommt, daß die gesamtpolitische Haltung der Regierung von Papen mit ihrer Abkehr vom Parlamentarismus den nationalsozialistischen Grundanschauungen erheblich näher kommt, als die Bemühungen des Zentrums, den Parlamentarismus wieder zum Leben zu erwecken. Jedenfalls glauben wir, daß unabhängig von der Entwicklung der nächsten Tage und Wochen die Verständigungsbereitschaft bei der Regierung zu den Nationalsozialisten nach wie vor vorhanden ist. Die Aussichten für einen Erfolg derartiger Bemühungen dürften sich um so mehr erhöhen, je weniger Rücksicht auf parlamentarische Situationen und Rechnereien genommen zu werden braucht.

Alles in allem gehen also die Meinungen in politischen Kreisen dahin, daß die Verständigung zwischen Zentrum und Nationalsozialisten nur eine vorübergehende Erscheinung ist, daß es aller Voraussicht nach zur Auflösung des Parlaments kommt und daß schließlich doch noch das Ziel einer umfassenden und im Volk fundierten Rechtsregierung parlamentarisch ungebundener Natur erreicht wird.

*

Die **„Kölnische Zeitung"** (Deutsche Volkspartei) erinnert an leitender Stelle daran, „daß die Zeit drängt!" Es heißt dort u. a.:

Nationalsozialisten und Zentrum hoffen, wie zuverlässig verlautet, noch im Laufe des Montags in irgend einer Form ihre Verhandlungen, sei es negativ, sei es positiv, abschließen zu können. Nach den aus beiden Lagern vorliegenden Nachrichten rechnet man mit einem Abschluß, der beide Teile zufriedenstellen soll. Bemerkenswert ist, daß von jeder Seite Äußerungen der Genugtuung vorliegen, daß der Verhandlungspartner großes Entgegenkommen gezeigt habe. Man wird jedoch zunächst gut daran tun, diese Äußerungen nicht zu überschätzen, da sich dahinter auch taktische Absichten verbergen können. Beide Parteien freilich sind sich darüber klar, daß, wenn sie überhaupt Erfolg mit ihren Verhandlungen haben wollen, diese sehr schnell zu einem positiven Ergebnis geführt werden müssen. Schwierigkeiten scheinen im Augenblick insofern noch zu bestehen, als die Meinungen bei den Nationalsozialisten noch nicht endgültig geklärt sind. Dabei dürfte auch die Personenfrage eine besondere Rolle spielen.

Wenn neuerdings wieder die Nachricht auftaucht, beide Parteien hätten die Absicht, Hitler zum Reichskanzler und Dr. Brüning zum Minister des Äußern vorzuschlagen, so wird man doch bezweifeln dürfen, ob diese Lesart heute noch Gültigkeit hat, da es beiden Parteien nicht unbekannt geblieben sein kann,

daß der Reichspräsident keinesfalls Hitler zum Reichskanzler ernennen würde.

Da der Reichspräsident in diesem Fall das entscheidende Wort zu sprechen hat, müßten beide Parteien darauf Bedacht nehmen, ihn nicht durch ungeeignete Vorschläge schon von vornherein gegen sich einzunehmen. Im anderen Falle müßten sie sich darüber klar sein, daß ein Vorschlag, Hitler zum Kanzler eines Mehrheitskabinetts zu machen, den Reichspräsidenten in eine außerordentlich schwierige Lage bringen würde, aus der sich nach Ansicht unterrichteter Kreise womöglich

eine Präsidentenkrise

ergeben könnte.

Was Preußen betrifft, so scheint in den Parteiverhandlungen die Person des Leipziger Oberbürgermeisters Dr. Gördeler von einer Seite stark für den Posten des Ministerpräsidenten genannt worden zu sein. Es liegt nahe, anzunehmen, daß sich das Zentrum für diese Kandidatur einsetzt, zumal die Partei sich von der Wahl Gördelers auch eine Mitwirkung der Deutschnationalen zu versprechen scheint. Eine solche Erwartung würde jedoch auf recht schwachen Füßen stehen, nachdem die Deutschnationalen sich wiederholt gegen eine Rückkehr zu einer Regierungsbildung in parlamentarischer Form ausgesprochen und dem Reichspräsidenten die „Revolution von oben" mit der dazugehörigen Umbiegung der Verfassung empfohlen haben. Im übrigen dürften die Nationalsozialisten keinen großen Wert auf eine Heranziehung der Deutschnationalen legen, mit denen sie sich bekanntlich gerade in den letzten Wochen weit auseinandergelebt haben. Ob sich schließlich eine Einigung zwischen Zentrum und Nationalsozialisten auf Gördeler ergeben wird, bleibt natürlich abzuwarten, wie ja überhaupt sich noch kein sicheres Urteil über den wahrscheinlichen Ausgang der Verhandlungen abgeben läßt.

Grundsätzlich gehen, auf eine kurze Formel gebracht, die Absichten beider Parteien auf folgende Lösung hinaus: Die Leitung des Reichskabinetts soll eine Persönlichkeit übernehmen, die das ausgesprochene Vertrauen des Reichspräsidenten genießt und die damit den vom **Reichspräsidenten bisher ausschließlich vertretenen Gedanken der Präsidialregierung zum Ausdruck bringt.** Diese Präsidialpersönlichkeit soll aber andererseits **nicht ein Kampfkabinett gegen die Parteien bilden, wie dies** zurzeit die Regierung Papen darstellt, **sondern soll von dem Vertrauen parlamentarischer Parteien getragen** und ihrer Mitarbeit unterstützt **werden.** Es fließen also in diesem Plan beide Gedanken, der des Präsidialkabinetts und der einer parlamentarischen Koalitionsregierung zusammen.

Bei allen diesen Dingen handelt es sich nicht nur um politische Probleme, sondern

auch um eine Zeitfrage,

insofern nämlich, als der Reichskanzler durch die Schaffung von Tatsachen den Parteien zuvorkommen möchte, die Parteien ihrerseits aber darauf angewiesen sind, den Reichspräsidenten so zeitig wie möglich von ihren Absichten in Kenntnis zu setzen, sobald sie zu einer Einigung gelangt sind. **Ohne Zweifel ist hier der Reichskanzler im Vorteil, zumal er schneller Zutritt zum Reichspräsidenten erhalten kann als etwa ein Abgesandter der beiden Parteien.** Die Verhandlungsparteien streiten zwar ab, daß sie sich darum bemühten, den Reichspräsidenten so schnell wie möglich über ihre Verhandlungen zu unterrichten. Man wird aber derartige Behauptungen nach Lage der Dinge mehr von der taktischen Seite her zu verstehen haben. Im übrigen können die Bemühungen der Parteien dem Reichspräsidenten nicht unbekannt geblieben sein. **Es ist also anzunehmen, daß sie in der Ministerkonferenz in Neudeck auf jeden Fall von irgendeiner Seite erwähnt werden.** Praktische Bedeutung können die Verhandlungen selbstverständlich nur dann erlangen, wenn sie zeitig zu einem positiven Ergebnis kommen.

*

Zu der am Dienstag beginnenden Konferenz in Neudeck schreibt die **„Germania"**, das Berliner Zentrumsorgan, unter Hinweis auf die Verhandlungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten u. a. folgendes:

Bei der Bedeutung der hier (in Neudeck) gesuchten Wege und Entscheidungen ist es mehr als verwunderlich, **daß die** Reichsregierung auf eine Klärung der Arbeitsmöglichkeiten des neuen **Reichstags anscheinend gar** kein Gewicht legt, sondern seine Ausschaltung sozusagen a priori zum Prinzip erhebt. Die Auffassung, daß nur die gegenwärtige Regierung in dieser Zeit zur Führung geeignet und berufen sei, und daß dieser Anspruch selbst um den Preis sehr gewagter Experimente durchzuhalten sei, ist doch wohl zu subjektiv, als daß sie über den Kreis der Regierenden hinaus auf Geltung rechnen könnte. Wir können uns schlecht vorstellen, daß sich der Reichspräsident ohne weiteres einer solchen Auffassung anschlösse und nicht das Bedürfnis empfände, in einer solch schwerwiegenden Situation neben dem Rat der Regierung auch die Auffassung des Reichstags zu hören und die von ihm etwa gebotenen Möglichkeiten einer normalen Staatsführung mit größtem Ernst in Erwägung zu ziehen. **Es geht doch wahrhaftig etwas weit, die Existenz und Zusammensetzung einer Regierung, zu der ungefähr das ganze Volk in Opposition steht, und schließlich auch noch ihre subjektiven Ziele und Überzeugungen für eine objektive Staatsnotwendigkeit zu halten.**

*

Der rettende Engel.

Zum Thema „Verfassungsänderung" machen die mittelparteilichen **„Dresdner Neuesten Nachrichten"** folgende Feststellungen:

„Die Parteien haben diese Reformpläne aus egoistischen Gründen, obwohl sie ihre Notwendigkeit anerkannten, immer wieder auf die lange Bank geschoben. **Jetzt soll der alte Hindenburg wieder einmal die rettende Entscheidung treffen.** Der Reichspräsident wird sicher nicht leichtfertig einen „Staatsstreich von oben" ausführen oder die Verfassung brechen oder auch nur dehnen, die er feierlich bei seinem Amtsantritt beschworen hat. Wir brauchen also keine Angst zu haben, daß er sich auf irgendwelche waghalsigen Experimente gewisser Ideologen einläßt, die glauben, ihre Stunde sei gekommen. Er wird sich allein von dem Grundsatz leiten lassen, daß er der Schützer und Erhalter des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes sein muß und **daß das deutsche Volk wichtiger ist als alle Verfassungsbestimmungen.** Verfassungen können wechseln, das Volk ist ewig. Der greise Reichspräsident steht wahrhaftig vor keiner leichten Entscheidung. Wieder wie bei Tannenberg, als aller Weisheit Ende herangekommen und Ostpreußen verloren schien, **soll er jetzt die rettende Tat tun, nachdem die Parteien alle versagt haben.** In schwerer Notstunde prägte sein Vorgänger, der Sozialdemokrat Friedrich Ebert, einmal das Wort, daß man das deutsche Volk nicht um der Verfassung willen vor die Hunde gehen lassen könne."

Rundschau des Staatsbürgers.

Neue Verordnungen über die Ausübung der ärztlichen Praxis.

Das durch den Ministerrat beschlossene Projekt einer Verordnung des Staatspräsidenten über die Ausübung der ärztlichen Praxis umschreibt endgültig die Berechtigungen der Ärzte und beseitigt angeblich die Mängel des bisherigen Gesetzes vom Jahre 1921. Auf Grund dieser Verordnung erhalten das Recht zur Ausübung der Praxis diejenigen Personen, denen bis jetzt die Ausübung der Praxis zu Unrecht versagt wurde. Weiter wird durch die Verordnung die Frage der Registrierung der Ärzte, sowie die Frage des Arzttitels geregelt, der jetzt ausschließlich denjenigen Ärzten zustehen wird, die auf Grund der Verordnung das Recht zur Ausübung der ärztlichen Praxis erlangt haben.

Die Bestimmungen der neuen Verordnung beschäftigen sich schließlich mit der Frage der Wahrung des ärztlichen Geheimnisses sowie mit dem Recht auf Entschädigung für die ärztliche Behandlung. Sofern also zwischen dem Arzt und dem Patienten nicht eine besondere Vereinbarung über das Honorar besteht, ist der Arzt verpflichtet, das Honorar nach dem Tarif anzunehmen, der von den Verwaltungsbehörden aufgestellt werden soll. Durch die Verordnung werden endlich die Rechte der Heilgehilfen auf Ausübung der ärztlichen Praxis beschränkt. Die Verordnung tritt zwei Wochen nach ihrer Bekanntgabe **in Kraft.**

Wirtschaftliche Rundschau.

Polen erhöht den Scheidemünzen-Umlauf.

Die Diskussion, die in letzter Zeit in der Öffentlichkeit über das Währungsproblem Polens und seine wahrscheinlich bevorstehende Änderung geführt worden ist, hat insofern plötzlich einen neuen Antrieb erhalten, als jetzt öffentlich bekanntgegeben wird, daß der Scheidemünzenumlauf Polens auf 396 Millionen Zloty erhöht wird. Im „Dziennik Ustaw" Nr. 74 vom 29. d. M. ist die diesbezügliche Verordnung enthalten, wonach die einzelnen Bestimmungen der Verordnung des Staatspräsidenten vom November 1927 über eine Währungsreform geändert werden. Auf Grund dieser Verordnungen werden geprägt werden: goldene 100-, 50- und 25-Zloty-Stücke, silberne 10-, 5- und 2-Zloty-Stücke. Die Münzeinheiten von 10, 20, 50 Groschen und 1 Zloty werden aus Nickel hergestellt, 5-, 2- und 1-Groschen-Stücke aus Bronze. Die 25-Zloty-Stücke erhalten die Bezeichnung Dukaten.

Die maßgebenden Stellen begründen die Erhöhung des Scheidemünzenumlaufs damit, daß im Jahre 1927 für den Kopf der Bevölkerung von 27 Millionen 320 Millionen Zloty Scheidemünzen im Umlauf waren. Da sich nach der letzten Statistik die Bevölkerungszahl Polens auf 33 Millionen erhöht hat, habe sich eine Erhöhung des Scheidemünzenumlaufes als notwendig erwiesen.

Wir werden auf dieses Problem noch in einer besonderen Abhandlung zurückkommen.

Deutschlands neuer Wirtschaftsplan und die Börsen.

Neue Aufwärtsbewegung.

Die Rede des deutschen Reichskanzlers, in welcher er ein neues Wirtschaftsprogramm der Deutschen Regierung ankündigte, hat der sonst geübten Zurückhaltung der Börsen zum Trotz an den deutschen und ausländischen Börsen eine günstige Aufnahme gefunden. Der deutsche Wirtschaftsplan trifft nur in wenigen Fällen auf Skepsis. Börsenkreise erwarten eine Entlastung der Wirtschaft und eine Verstärkung der Kreditbasis. So nur ist es zu erklären, daß sich ein Optimismus geltend machte, der auf die Stimmung und auf die Kursgestaltung nicht ohne Einfluß blieb. Bestärkend wirkte noch die Tatsache, daß die Regierung entschlossen ist, allen Gerüchten zum Trotz einen Eingriff in Privatrechte vollständig zu unterlassen, und daß sie von dem Gedanken einer Zwangsanleihe oder Vermögensabgabe Abstand nehme.

Die Kurse besonders der Industrie- und Bankwerte konnten sich beträchtlich erholen. Selbst das breitere Publikum, das in letzter Zeit wenig Interesse für Börsenvorgänge zeigte, hat wieder Käufe aufgegeben. Fast alle Werte konnten mit 3 oder 5 Prozent anziehen, in manchen Fällen betrug der Plusgewinn fast 10 Prozent. Der Optimismus hielt an den Börsen des Montags bis zum Schluß an. Nicht nur die deutschen Börsen waren freundlicher und zuversichtlicher gestimmt, sondern auch das Ausland zeigte im Gegensatz zum flauen Wochenende eine freundlichere Haltung. London war teilweise durch Newyork, teilweise durch die günstige Aufnahme der Papenrede beeinflußt. Besonders günstig wirkte sich die Stimmung in Zürich aus. Hier verzeichnete man sogar eine Haussebewegung. Paris war gleichfalls sehr lebhaft.

Beschränkung der Tätigkeit der Getreidehandelsgesellschaft.

Die Aktion, welche die Getreidehandelsorganisationen schon seit langer Zeit gegen die Betätigung der polnischen Getreidehandelsgesellschaft auf dem Gebiete der Getreideverarbeitung und des Mehlverkaufs eingeleitet hatten, hat nunmehr zu einem Erfolg geführt. Das Innenministerium hat eine Verfügung erlassen, in welcher die Tätigkeit der Getreidehandelsgesellschaft **ausschließlich auf die Interventionen am polnischen Getreidemarkt** beschränkt und die Leitung der Gesellschaft angewiesen wird, ihre Tätigkeit, soweit sie Handelscharakter trägt, in erster Linie also den Verkauf von Mehl einzustellen.

Die obige Verfügung des Innenministeriums ist vom Mehl- und Getreidehandel Polens mit großer Genugtuung aufgenommen worden. Zu der bereits gemeldeten Delegierung von Vertretern des Getreidehandels und der Mühlenindustrie in den Verwaltungsrat der Getreidehandelsgesellschaft ist noch nachzutragen, daß der Handel Wert darauf legt, daß seine Vertreter nicht Mitglieder des Verwaltungsrates werden, sondern als Sachverständige mit beratender Stimme an der Geschäftsführung der Getreidehandelsgesellschaft teilnehmen. Man begründet diese Forderung mit dem Hinweis auf die anormale Tatsache, daß in der Getreidehandelsgesellschaft lediglich Staatsbeamte und Personen säßen, welche nur die Interessen der landwirtschaftlichen Produzenten vertreten; es fehlten dagegen völlig Vertreter der Industrie- und Handelskreise. DPW.

Der englische Textilstreik.

Die Lage im Streikgebiet von Lancashire ist unverändert. Es besteht die Möglichkeit, daß sich dem Streik 250 000 weitere Textilarbeiter anschließen. Der Spinnverband beschloß jedenfalls, innerhalb der nächsten zehn Tage eine Streikabstimmung vorzunehmen. Infolge des Streiks stehen 800 Baumwollwebereien in Lancashire still, und Hunderttausende von Webstühlen sind verwaist. Lediglich in drei Städten sind die Streikankündigungen zurückzurückgezogen worden. Es bestehen zunächst noch keine Hoffnungen, den Streik, der einen katastrophalen Umfang anzunehmen droht, beizulegen. Der Ausfall für die Wirtschaft Englands ist ein recht beträchtlicher, seine Exportlage wird dadurch empfindlich geschwächt.

Liquidation der Austro-Polnischen Bank. Am 29. d. Mts. findet in Wien die außerordentliche Generalversammlung der Aktionäre der Austro-Polnischen-Bank statt, in welcher außer der Vorlage der Liuidationsbilanz der Bank der Beschluß über die Streichung der Gesellschaft aus dem Handelsregister gefaßt werden soll.

Ratifizierung des polnisch-rumänischen Handelsabkommens. Wie aus Bukarest gemeldet wird, erfolgte am 23. d. Mts. der Austausch der Ratifizierungsurkunden des polnisch-rumänischen Handelsabkommens. Den Austausch vollzogen der polnische Gesandte in Bukarest Szembek und der Unterstaatssekretär im rumänischen Außenamte Gafenco.

Kein Zwang zur Verarbeitung polnischer Rohstoffe. Das geplante Gesetz, wonach die polnische Industrie gezwungen werden sollte, vorzugsweise inländische Agrar- und Rohprodukte zu verarbeiten, wird nicht eingeführt. Die Erwägungen, die zu diesem Entschluß geführt haben sollen, sind wirtschaftlicher und betriebstechnischer Natur, da bei Verwirklichung eines solchen Gesetzes sehr viel Betriebe, die auf Verarbeitung ausländischer Rohprodukte eingestellt sind, stillgelegt werden müßten.

⊘ **Neue Forderungen der Mühlenindustrie.** Vor kurzem hat eine Delegation der polnischen Mühlenindustrie dem polnischen Innenminister Pieracki und dem Vizehandelsminister Doležal eine Denkschrift überreicht, in welcher die Forderungen der polnischen Mühlenindustrie im Zusammenhang mit der neuen Getreidekampagne niedergelegt sind. Die Forderungen betreffen unter anderem Fragen der Vertretung der Mühlenindustrie in den Getreidepreiskommissionen, sowie gewisse Ansprüche, die die Mühlenindustrie hinsichtlich der Interventionsaktion der staatlichen Getreidegesellschaft erhebt.

Über eine bevorstehende Herabdrückung der Kartellpreise in Polen laufen in Wirtschaftskreisen Gerüchte. Sie stützen sich auf das Gutachten, das ein höherer Beamter des Wirtschaftsausschusses im Ministerrat über die Möglichkeit der Preisherabsetzung abgegeben hat. Danach sollen Herabsetzungen grundsätzlich bei einer ganzen Reihe von Artikeln durchzuführen sein. Wie man hört, sollen als Druckmittel Herabsetzungen der Zollsätze und Einfuhrerleichterungen angewandt werden.

Kann Polen die Einfuhr von Wolle entbehren?

Dr. Cr. Seit Jahren wird sowohl in der Presse als auch in Denkschriften an die maßgebenden Regierungsinstanzen der Frage der Selbstbedarfsdeckung an Rohwolle viel Raum gewidmet. Die überwiegende Meinung in der Öffentlichkeit geht dahin, daß Polen, dessen klimatische Verhältnisse für eine ausgedehnte Schafzucht recht gut geeignet wären, seinen Bedarf an Wolle in vollem Umfange selbst befriedigen könnte. Es wird darauf hingewiesen, daß dem Polnischen Staat durch den umfangreichen Import an Wolle und die hierdurch hervorgerufene alljährliche Belastung der Handelsbilanz in Höhe von ca. 200 Millionen Zloty wesentliche volkswirtschaftliche Nachteile erwüchsen, die noch durch die Abhängigkeit Polens vom Auslande in der Versorgung des Heeres mit Bekleidung, besonders im Kriegsfalle, verstärkt würden, ganz abgesehen davon, daß die umfangreiche Einfuhr die Rentabilität der heimischen Schafzucht in Mitleidenschaft ziehe, und den Verfall eines vor dem Kriege noch rentablen Wirtschaftszweiges zur Folge habe.

Um das Problem kritisch zu beleuchten, ist es notwendig, folgende Fragenkomplexe aufzurollen. Zunächst die Frage des Bedarfs an Wolle, sodann die Frage nach der Struktur der bestehenden Rohwollwirtschaft in produktions- und handelstechnischer Beziehung, ferner die Frage nach den Hilfsmaßnahmen, die bereits ergriffen wurden, um die Rohwollwirtschaft zu fördern, und schließlich die Frage nach den Mitteln und Wegen, die beschritten werden müssen, um das Problem der Versorgung der weiterverarbeitenden Industrie mit der nötigen Rohwolle erfolgreich zu lösen.

Der Bedarf an Rohwolle für Zwecke der Weiterverarbeitung im Lande wird von sachverständiger Seite auf ca. 15 Millionen Kilogramm geschätzt. Nach den Erhebungen des Landwirtschaftsministeriums beziffert sich der Bestand an Schafen auf 1,5 Millionen Stück, die jährlich annähernd 4,5 Millionen Kilogramm ungewaschener Wolle liefern. Nach Abzug des eigenen Bedarfs der Züchter verbleibt ein Angebot in der Höhe von 900 000 Kilogramm schmutziger oder 350 000 Kilogramm gewaschener Wolle für die Zwecke der Bedarfsbefriedigung der Industrie übrig.

Aus der Relation zwischen dem vorhandenen Angebot und der bestehenden Nachfrage folgt, daß Polen bei dem jetzigen Stande seiner Schafzucht und seiner Erzeugung an Rohwolle weit davon entfernt ist, auf die Einfuhr in absehbarer Zeit verzichten zu können. Eine der Hauptursachen der starken Auslandszufuhren liegt also, von allem anderen abgesehen, in der rein quantitativen Unzulänglichkeit des Angebots an Wolle, die ihren Ursprung in dem Rückgang der Schafzucht in Polen nach dem Kriege hat. Den Hauptgrund des Verfalls erblickt Zycki in der Verminderung der Zahl der größeren Güter und in der Parzellierung. Er spricht den mittleren und kleineren Landwirten die Fähigkeit ab, in der Produktion von Wolle für den allgemeinen Bedarf eine Rolle zu spielen. Diese Ansicht wird der tatsächlichen Lage nicht genügend gerecht. Gewiß sind die veralteten Methoden der Schafzucht in Polen eine nicht zu übersehende Mitursache für ihren starken Rückgang. Die wesentlichsten Gründe liegen aber tiefer, und beschränken sich nicht nur auf den Polnischen Staat. Der Hauptgrund des Verfalls der europäischen Schafzucht liegt in der Gestaltung der Preise des Weltwollmarktes. Eine Erhöhung der Preise für Wolle und Hammelfleisch könnte in Polen die Schafzucht und die Gewinnung von Wolle anregen.

Der Konsum an Schaffleisch ist in Polen im Vergleich zu dem übrigen Europa sehr gering. Einem Verbrauch von 10 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung in England steht ein Konsum von 0,42 Kilogramm gegenüber. Diese Vernachlässigung des Schaffleisches ist um so bedauerlicher und unverständlicher, als Polen bei der entsprechenden Schafzucht imstande wäre, Hammelfleisch nach Frankreich und England abzusetzen, die gegenwärtig ihren Bedarf durch die Einfuhr aus Amerika und Australien decken.

Neben dem rein quantitativen Minderangebot entspricht auch die Qualität der heimischen Wolle nicht den an sie von seiten der Industrie gestellten Anforderungen. Die auf den Märkten angebotene Wolle ist infolge der Mängel der Schafzucht qualitativ uneinheitlich. Der Schafbestand Polens setzt sich aus einer großen Anzahl verschiedener Rassen zusammen.

Zu den quantitativen und qualitativen Mängeln treten die Nachteile eines in organisatorischer und technischer Hinsicht unzweckmäßigen Handels. Der Ankauf von Rohwolle ist mit großen Schwierigkeiten verknüpft. Zwischen den Produzenten und Konsumenten steht eine Reihe von Händlern, die die Ware unnötig verteuert. Ein Angebot von größeren Partien Rohwolle fehlt fast völlig. Da die größeren Webereien und Spinnereien nur für den Ankauf großer Mengen Rohwolle Interesse haben, scheiden sie für die Aufnahme der heimischen Wolle fast völlig aus. Die heimische Rohwolle wird zurzeit nur an kleinere Unternehmungen verkauft.

Um den Konsumenten und den Produzenten einander näher zu bringen, wurden in den letzten Jahren mehrere Projekte erwogen. Einen besonders großen Aufschwung der Wollerzeugung erwartet man von den periodischen Märkten in Posen, die mit Hilfe der Regierung, der Staatsbanken, und der Züchter organisiert werden. Auf den Märkten in Posen wird nur gestempelte heimische Wolle veräußert. Hierdurch hofft man eine Normalisierung und Zentralisierung des Verkaufs herbeizuführen.

Neuerdings trat ein Projekt in den Vordergrund, das darauf abzielte, eine **„Zentralstelle für den Ankauf heimischer Wolle"** zu begründen. Über die Form und den Sitz des Unternehmens konnte bisher allerdings keine Einigkeit herbeigeführt werden. Nach dem einen Vorschlag sollte die Zentralstelle die Form einer Aktiengesellschaft mit dem Sitz in Warschau, nach der Ansicht anderer Sachverständiger die Form einer Genossenschaft mit dem Sitz in Lodz haben. Für Lodz spricht die Tatsache, daß diese Stadt der Hauptsitz der Verarbeitung ist. Trotz der Bereitwilligkeit der Regierung und der weiterverarbeitenden Industrie, größere Fonds zur Errichtung dieser Zentralstelle zur Verfügung zu stellen, scheiterte das Projekt und zwar hauptsächlich durch die negative Einstellung der Landwirtschaft.

In einer Reihe von Artikeln wird in der Presse der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Durchführung tarifarischer-, kredit- und zollpolitischer Maßnahmen und eines behördlichen Zwanges zur Beimischung von heimischer Wolle bei Anfertigung von Geweben für Heereszwecke den Verbrauch an heimischer Rohwolle fördern würde. Die geltenden Eisenbahntarife für die Beförderung von Rohwolle werden als zu hoch befunden, und eine Reduktion um 50 Prozent verlangt. Bei Bestellungen von Geweben für den Bedarf der Armee wird gegenwärtig vom Wehrministerium eine Beimischung von einheimischer Wolle in der Höhe von 25 Prozent verlangt. Die Wollproduktion ist der Ansicht, daß dieser Zwang auf 40 Prozent erhöht werden müßte.

Die zollpolitischen Forderungen werden in Kreisen der weiterverarbeitenden Industrie recht skeptisch angesehen. Es wird hervorgehoben, daß Einfuhrzölle zwar die Schafzucht anregen, aber eine Verteuerung der Rohprodukte und der Fertigfabrikate nach sich ziehen müssen. Die Konkurrenzfähigkeit der weiterverarbeitenden Industrie würde durch die Abwanderung der Konsumenten zur billigeren Halb- und Kunstseide stark in Mitleidenschaft gezogen, aber auch die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie auf dem Weltmarkte stark gemindert werden.

Die organisatorische Umgestaltung der Wollwirtschaft kann ohne Zweifel zur Konsolidierung der Verhältnisse beitragen. Indes erscheint eine Erstarkung der Wollwirtschaft Polens bis zur Deckung des einheimischen Rohstoffbedarfs ausgeschlossen, solange sich die internationalen Grundlagen der Wollwirtschaft nicht ändern. Dafür aber spricht zurzeit eigentlich nichts.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski" für den 30. August auf 5,9244 Zloty festgesetzt.

Der Zinssatz der Bank Polski beträgt 7½%, der Lombardsatz 8½%.

Der Zloty am 29. August. Danzig: Ueberweisung 57,52 bis 57,63, bar 57,53—57,64, Berlin: Ueberweisung, große Scheine 46,95—47,35, Wien: Ueberweisung 79,31—79,79, Prag: Ueberweisung 377,75—379,75, Zürich: Ueberweisung 57,60, London: Ueberweisung 31,00.

Warschauer Börse vom 29. August. Umsätze, Verkauf — Kauf. Belgien —, Belgrad —, Budapest —, Bukarest 5,32, 5,35 — 5,29, Danzig —, Helsingfors —, Spanien —, Holland 358,90, 359,80 — 358,00, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London 30,87, 31,02 — 30,72, Newyork 8,919, 8,939 — 8,899, Oslo —, Paris 34,98, 35,07 — 34,89, Prag 26,38½, 26,45 — 26,32, Riga —, Sofia —, Stockholm —, Schweiz 173,10, 173,43 — 172,67, Tallin | |, Wien —, Italien 45,74, 45,96 — 45,52.
Freihandelskurs der Reichsmark 212,15.

Berliner Devisenkurse.

Offiz. Diskontsätze	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	In Reichsmark 29. August Geld	Brief	In Reichsmark 27. August Geld	Brief
2,5 %	1 Amerika	4.209	4.217	4.209	4.217
2 %	1 England	14.59	14.61	14.57	14.61
2,5 %	100 Holland	169.73	170.07	169.73	170.07
9 %	1 Argentinien	0.893	0.897	0.893	0.897
5 %	100 Norwegen	73.03	73.17	73.03	73.17
5 %	100 Dänemark	77.27	77.43	77.52	77.68
6,5 %	100 Island	65.68	65.82	65.68	65.82
5 %	100 Schweden	74.72	74.88	74.73	74.87
3,5 %	100 Belgien	58.41	58.53	58.41	58.53
5 %	100 Italien	21.59	21.63	21.59	21.63
2,2 %	100 Frankreich	16.50	16.54	16.50	16.54
5 %	100 Schweiz	81.65	81.81	81.72	81.88
6,5 %	100 Spanien	33.82	33.88	33.82	33.88
—	1 Brasilien	0.324	0.326	0.324	0.326
5,84 %	1 Japan	0.939	0.941	0.949	0.951
—	1 Kanada	3.746	3.754	3.716	3.724
—	1 Uruguay	1.738	1.742	1.748	1.752
5 %	100 Tschechoslowak.	12.465	12.485	12.465	12.485
6,5 %	100 Finnland	6.264	6.276	6.264	6.276
5,5 %	100 Estland	110.59	110.81	110.59	110.81
6 %	100 Lettland	79.72	79.88	79.72	79.88
6,5 %	100 Portugal	13.29	13.31	13.29	13.31
9,5 %	100 Bulgarien	3.057	3.063	3.057	3.063
7,5 %	100 Jugoslawien	6.693	6.707	6.693	6.707
6 %	100 Oesterreich	51.95	52.05	51.95	52.05
7 %	100 Ungarn	—.—	—.—	—.—	—.—
4 %	100 Danzig	81.97	82.13	81.97	82.13
9 %	1 Türkei	2.018	2.022	2.018	2.022
11 %	100 Griechenland	2.897	2.903	2.897	2.903
—	1 Kairo	14.96	15.00	14.95	14.99
7 %	100 Rumänien	2.518	2.524	2.518	2.524
—	Warschau	46.95	47.35	46.95	47.35

Züricher Börse vom 29. August. (Amtlich.) Warschau 57,60, Paris 20,23, London 17,88, Newyork 5,15⅞, Brüssel 71,60, Italien 26,42, Spanien 41,50, Amsterdam 207,70, Berlin 122,52½, Stockholm 91,75, Oslo 89,60, Kopenhagen 95,20, Sofia 3,73, Prag 15,25, Belgrad 8,20, Athen 3,21, Konstantinopel 2,48, Bukarest 3,05, Helsingfors 7,65, Buenos Aires 1,11, Japan 1,16.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,89 Zl., do. kl. Scheine 8,87 Zl., 1 Pfd. Sterling 30,70 Zl., 100 Schweizer Franken 172,42 Zl., 100 franz. Franken 34,84 Zl., 100 deutsche Mark 209,00 Zl., 100 Danziger Gulden 173,17 Zl., tschech. Krone —,— Zl., österr. Schilling —,— Zl.

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 29. August. Es notierten: 5proz. Konvert.-Anleihe 36,50 G., 8proz. Dollarbriefe der Posener Landschaft 55 B., 8proz. Gold-Amortis.-Dollarbriefe der Posener Landschaft 51 +, 4proz. Konevrt.-Pfandbriefe der Posener Landschaft 28 B., 4proz. Prämien-Dollar-Anl. (Serie 3) 48,50 B., 6proz. Roggenbriefe der Posener Landschaft 11,25 +, 4proz. Prämien-Jevest.-Anleihe 97 B., 3proz. Bauanleihe (Serie 1) 36 G., Bank Polski 81 G. Tendenz fester. (G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Umsatz.)

Produktenmarkt.

Warschau, 29. August. Getreide, Mehl und Futtermittel-Abschlüsse auf der Getreide- und Warenbörse für 100 Kg. Parität Waggon Warschau: Roggen 16,50—16,75, Einheitsweizen 28,50 bis 29,00, Sammelweizen 28,00—28,50, Einheitshafer 16,50 bis 17,50, Sammelhafer 15,50—16,50, Grützgerste 16,50—17,00, Braugerste 17,50—18,50, Speisefelderbsen 27,00—30,00, Viktoriaerbsen 27,00—30,00, Winterraps 37,00—38,00, Rotklee ohne dicke Flachsseide —,—, Rotklee ohne Flachsseide bis 97% gereinigt —,—, roher Weißklee —,—, roher Weißklee bis 97% gereinigt —,—, Luxus-Weizenmehl 48,00—53,00, Weizenmehl 4/0 43,00—48,00, Roggenmehl I 31,00—33,00, Roggenmehl II 24,00—27,00, Roggenmehl III 23,00 bis 25,00, grobe Weizenkleie 12,00—12,50, mittlere 12,00—12,50, Roggenkleie 8,50—9,00, Leinkuchen 19,00—20,00, Rapskuchen 16,00 bis 16,50, Sonnenblumenkuchen 16,00—16,50, doppelt gereinigte Seradella —,—, blaue Lupinen 15,00—16,00, gelbe 20,00—22,00, Peluschken —,—, Wicke 25,00—26,00.

Umsätze 2038 to, davon 220 to Roggen. Tendenz: ruhig.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 29. August. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zloty:

Richtpreise:

Weizen, neu	25.50—26.50	Sommerwicke	—.—
Roggen, neu	15.15—15.65	Blaue Lupinen	—.—
Mahlgerste 64—66 kg	16.25—16.75	Gelbe Lupinen	—.—
Mahlgerste 68 kg	16.75—17.75	Raps	29.00—30.00
Braugerste	19.00—20.00	Fabrikkartoffeln pro Kilo %	—.—
Hafer, neu	12.75—13.25	Senf	—.—
Roggenmehl (65%)	24.50—25.50	Roggenstroh, lose	—.—
Weizenmehl (65%)	41.50—43.50	Roggenstroh, gepr.	—.—
Weizenkleie	9.25—10.25	Heu, lose	—.—
Weizenkleie (grob)	10.50—11.50	Heu, gepreßt	—.—
Roggenkleie	9.50—9.75	Netzeheu, lose	—.—
Winterrübsen	31.00—33.00	Netzeheu, gepr.	—.—
Peluschken	—.—	Leinkuchen 36—38%	—.—
Felderbsen	—.—	Sonnenblumenkuchen 46—48%	—.—
Viktoriaerbsen	22.00—24.00		
Folgererbsen	28.00—30.00		

Gesamttendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 255 to, Weizen 165 to, Gerste 15 to, Hafer 30 to, Roggenkleie 15 to.

Marktbericht für Sämereien der Firma **B. Hozakowski**, Thorn, vom 29. August. In den letzten Tagen wurde notiert Zloty per 100 Kilogramm loko Verladestation:

Rotklee 120—180, Weißklee 140—190, Schwedenklee 150—160, Gelbklee 120—140, Gelbklee, in Kappen 40—60, Inkarnatklee 45—55, Wundklee 110—120, Reygras hiesiger Produktion 35—45, Tymothe 22—24, Seradella 18—20, Sommerwicken 17—19, Winterwicken 35—45, Peluschken 19—21, Viktoriaerbsen 25—27, Felderbsen 22—25, grüne Erbsen 26—28, Pferdebohnen 24—26, Gelbsenf 26—30, Raps 30—33, Sommerrübsen 32—36, Saatlupinen, blaue 11—13, Saatlupinen, gelbe 14—17, Leinsaat 28—32, Hanf 40—45, Blaumohn 60—70, Weißmohn 75—80, Buchweizen-Konsum 24—26, Hirse-Konsum 20—23.

Berliner Produktenbericht vom 29. August. Getreide- und Oelsaaten für 1000 Kg. ab Station in Goldmark: Weizen märk. 77—76 Kg. 208,00—210,00, Roggen märk., 72—73 Kg. 159,00—161,00, Braugerste 172,00—182,00, Futter- und Industriegerste 156,00—163,00, Hafer, märk. 133,00—138,00, Mais —,—.

Für 100 Kg.: Weizenmehl 25,00—30,25, Roggenmehl 21,60—23,85, Weizenkleie 9,70—10,20, Roggenkleie 8,25—8,75, Raps —,—, Viktoriaerbsen 21,00—24,00, Kleine Speiseerbsen —,—, Futtererbsen 14,00 bis 17,00, Peluschken —,—, Ackerbohnen —,—, Wicken 17,00—20,00, Lupinen, blaue —,—, Lupinen, gelbe —,—, Serradella —,—, Leinkuchen 10,30—10,50, Trockenschnitzel 9,00—9,40, Soya-Extraktionsschrot 10,70, Kartoffelflocken —,—.

Preisnotierungen für Eier. (Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 29. August.) Deutsche Eier: Trinkeier (vollfrische, gestempelte), Sonderklasse über 65 gr 9, Klasse A über 60 g 8½, Klasse B über 53 g 7¾, Klasse C über 48 g 7¼; frische Eier: Klasse A über 60 gr —, Klasse B über 53 g 7¼; aussortierte kleine und Schmutzeier —. Auslandseier: Dänen: 18er 8½—8¾, 17er 8—8¼, 15½—16er 7½, leichter 6¾—7; Estländer: 17er 7¾, 15½—16er 7—7¼; Holländer: Durchschnittsgewicht 68 g 9, 60—62 g 8, 51—57 g 7½—7¾; Litauer: große 7¼, normale 6—6½; Rumänen: 6—6½; Ungarn: 6½—6¾; kleine, Mittel- und Schmutzeier 5½—6.

Die Preise verstehen sich in Reichspfennig je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbeziehern und Eiergroßhändlern ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen.

Viehmarkt.

London, 29. August. Amtliche Notierungen am Baconmarkt für 1 cwt. in engl. Sh.: Polnische Bacons Nr. 1 sehr mager 57, Nr. 2 mager 56, Nr. 3 54, Nr. 1 schwere sehr magere 56, Nr. 2 magere 55, Sechser 52. Die Gesamtzufuhr betrug in der Vorwoche 65 036 cwt., wovon auf Polen 14 030 cwt. entfallen. Die Nachfrage war lebhaft, die Zufuhren decken die Nachfrage. Im allgemeinen blieben die Preise unverändert.